

# Das Ende des Eisernen Dreiecks?

## Japan's Iron Triangle, Has it Finally Come to an End?

*Albrecht Rothacher*

*This chapter starts out to investigate the political change of August 2009: Was it a democratic revolution or a passing voters' revolt? Will it leave lasting effects on Japan's political power structure, or will Japan's postwar triad of power be able to reconstitute itself, once the DPJ government has gone?*

*Basically we find a gradual erosion of all three power centers, that is: organized big business, the ministerial bureaucracy and the LDP's parliamentary party and its factions, already during the stagnation crisis of 1992–2002. Big business became increasingly oriented to the world market and abandoned the neomercantilist confines of Japan Inc. The central ministries were made the scapegoat of Japan's crisis and suffered from an unending onslaught on their standing and discretionary powers. The LDP split in 1993 and its factions lost their power already after the 1994 electoral reform, and most LDP members of parliament their – largely hereditary – seats and kōenkai organizations after the 2009 defeat. This pluralization was reinforced by profound socio-economic changes which led to a more disparate distribution of wealth and income, effectively ending Japan's postwar middle class society with its uniformity of values, life patterns and electoral loyalties. The current DPJ regime attempts to represent both parts of the LDP's old clientele, but it has also co-opted representatives of larger segments of society into its decision making structures, notably the Rengo trade union federation.*

*Whether Japan's new pluralist policies will be able to solve the country's most intractable problems – its demographics and public finances – remains very doubtful. What seems clear, however, is that Japan's postwar cohesive power elite as an »iron triangle« has disappeared, for better or for worse.*

## 1. Einführung: Der Machtwechsel vom September 2009 – Eine demokratische Revolution?

Dieses Kapitel versucht, den Verlauf, die situativen und strukturellen Ursachen und Folgen des historischen Machtwechsels vom Herbst 2009 darzustellen. War er ein revolutionärer Zeiten-, Eliten- und Paradigmenwechsel ähnlich der Meiji-Restauration von 1868, wie ihn der neue Premierminister Hatoyama vollmundig verkündete? Oder nur eine kurzlebige Wählerrevolte gegen eine besonders inkompetente Führungsgeneration der LDP (Liberaldemokratische Partei), die ähnlich wie schon 1993/4 nach der unvermeidlichen Desillusionierung über das neue Regime von einem konservativen Elektorat wieder für die nächsten Jahrzehnte an die Macht – in einem rekonstruierten dreipoligen Machtkartell – zurück gewählt werden wird? Oder, falls es sich nur um eine Revolte des Missvergnügens gehandelt haben sollte, werden die neuen Politiken, Reformen und Gegenreformen der durch die DPJ (Demokratische Partei Japans) geführten Regierungen und die Erosion des klassischen Machtdreiecks seit der 1992 begonnenen Stagnationskrise nachhaltig genug sein, um die Machtstrukturen Japans in Richtung einer effektiven Pluralisierung zu verändern?

Zur empirischen Klärung des theoretischen Phänomens der Elitentransformation in Japan werden wir uns zunächst die politische Endphase der LDP Herrschaft unter Tarō Asō und die Wählererwartungen an die DPJ vergegenwärtigen. Es gilt in der Folge, die strukturelle Erosion des klassischen Eisernen Dreiecks seit 1992 darzustellen: der Bedeutungsverlust der Keiretsu im Zuge der Krise ihrer Großbanken und Generalhandelsunternehmen (*sōgō shōsha*), die Mutation der Ziele der neomerkantilistischen Japan AG durch vermehrte Weltmarktinteressenorientierungen in den führenden Wirtschaftskreisen (*zaikai*), die Legitimationskrise der Ministerialbürokratie, die für die politische Klasse insgesamt als Sündenböcke herhalten und in Dauerreformen entmachtet und entprivilegiert werden sollte, und schließlich der schleichende und 2009 akute Machtverlust der zunehmend dynastischen und bürokratisierten LDP selbst und ihrer einst staatstragenden Fraktionen.

Gleichzeitig wurden während jener zwei Krisenjahrzehnte die nicht in Frage gestellten Gewissheiten der japanischen Nachkriegsgesellschaft erschüttert: Die Deklassierung großer Teile der Mittelschichten durch prekäre Teilzeitjobs, Verluste an Arbeitsplatzsicherheit und Realeinkommen – verbunden mit verminderten staatlichen Dienstleistungen, höheren Sozialbeiträgen und einer ungewissen Alterssicherung. Sie verschärfte nicht nur die demographische Krise, begründete eine neue national insulare Introspektion und kündigte jenen unausgesprochen

sozialen Kontrakt zwischen dem einstigen Machtkartell und der Wählermehrheit auf. Die Folge jenes Legitimationsverlusts war im Herbst 2009 die überwältigende Aberkennung des jahrzehntelangen Mandats der LDP im Besonderen und des von ihr gelenkten bisherigen Machtkartells im Allgemeinen zur Machtausübung unter recht eigennützigem Bedingungen im Gegenzug für die bis Anfang der 1990er Jahre unangezweifelte stete Mehrung von Wohlstand und gesellschaftlicher Sicherheit für die Mehrheit der Bevölkerung. Die beiden Krisen von 1992–2002 und 2008–2009 und die problematischen Politiken zu ihrer Bewältigung minderten dagegen seither unübersehbar den Wohlstand der Mehrheit (und kommender Generationen). Das politische Mandat wurde dem herrschenden Machtkartell, in dem Maße indem es in Gestalt der LDP Unterhausabgeordneten abwählbar war, ebenso deutlich entzogen.

Jene offenkundige Elitentransformation wirft interessante theoretische Fragen auf. Die klassische Elitentheorie betont seit C. WRIGHT MILLS eher den statischen Charakter des Machterhalts der Eliten. Die Mitglieder der US Machtelite (Wirtschaftsführer, Generalität, Spitzenpolitiker, Meinungsführer in der Wissenschaft und in den Medien) blieben laut MILLS auch nach Wahlen in ihren Führungsfunktionen. Sie wechselten bei Abwahl, Entlassung oder Kündigung lediglich den Sektor (MILLS 2000: 269–297). JOHN KENNETH GALBRAITH (1972: 316) hat dies in *New Industrial State* mit den langfristigen, umfangreichen Planungs- und Finanzierungsbedürfnissen der modernen Großindustrie, die als bürokratisierte »Technostruktur« die politischen Prozesse zunehmend steuert und dominiert, weiter begründet. In Japan wurde die politische Dominanz der von den Keiretsu organisierten Wirtschaftsinteressen unter marxistischen Vorzeichen u.a. von CHITOSHI YANAGA (1968) in den 1950er und 1960er Jahren ausführlich dargestellt. HIROSHI OKUMURA (2000: 77) hat mit der Definition des Korporatismus, unter dem er die konglomerathafte Verfasstheit und die wirtschaftliche und politische Einflussmacht der Großunternehmen versteht, den dominanten politischen und gesellschaftlichen Einfluss der Keiretsu weiter aktualisiert. Für die klassische Industriepolitik der japanischen Nachkriegs- und Hochwachstumszeit dagegen postulierte CHALMERS JOHNSON (1982: 35–82) die Gestaltungsmacht der Ministerialbürokratie in Gestalt des MITI. Seit den 1980er Jahren ist allerdings der Einfluss der Lobbyabgeordneten (*zokugi'in*) der LDP, welche sich auf ein bestimmtes Politikfeld und dessen Interessensgruppen spezialisierten, so unübersehbar geworden, dass der politologische *mainstream* seither eher von der Dominanz der LDP im politischen Entscheidungsprozess des Machtdreiecks ausgeht (CURTIS 1988; INOBUCHI und IWAI 1987; MURAMATSU 1981; PARK 1986; SATŌ und MATSUZAKI 1986). Eine salomonische Lösung ist freilich, wie CARMEN SCHMIDT es noch 2005 tat, bei der japanischen Machtelite von einem

Elitezirkel auszugehen, dessen »separierte Machtzentren wechselseitigen Einfluss ausüben und in gegenseitiger Abhängigkeit stehen« (SCHMIDT 2005: 231).

Mit dem 2009 erfolgten Machtwechsel ist nunmehr in Anlehnung an ANTHONY GIDDENS (1974: 5–20) zu überprüfen, inwieweit die bisherige, nur teilweise demokratisch legitimierte, relativ kohäsive Machtelite durch eine demokratisch legitimierte heterogene Elite abgelöst wurde, und ob die von ihm hypothetisierten Merkmale einer demokratischen Kontrolle von unten, einer geringeren Einflussreichweite, höherer Konflikte, und geringerer Integrations- und Funktionsleistungen tatsächlich eingetreten sind. Prima vista will es scheinen, dass die Bilanz der ersten DPJ-geführten Regierungen unter Hatoyama und Kan diesen Erwartungen voll entsprechen.

Wie wohl kaum nachhaltig in der Substanz der widersprüchlichen DPJ-Politiken und ihrer Finanzierung und vermehrt instabil in ihren Strukturen, so erscheint die Pluralisierung der japanischen Politik und die Auflösung des bisherigen Machtkartells als nahezu unwiderruflich – gleichsam als eine Europäisierung im guten wie im schlechten Sinne. Schlussfolgernd sollen Nutzen und Kosten jenes politischen Strukturwandels, der bei aller Dramatik und Konsequenz weder als eine Revolution mit einem kompletten Elitenaustausch noch als eine folgenlose Revolte erscheint, näher erörtert werden.

## 2. Japan vor dem Machtwechsel: Der politische Sommer und die Wirtschaftskrise von 2009

Die letzte LDP geführte Regierung von Tarō Asō schien während ihrer einjährigen Regierungszeit von Pleiten und Pech verfolgt. Neben prominenten Ministerrücktritten von Finanzminister Shōichi Nakagawa und Innenminister Kunio Hatoyama, hatte sich Asō mit dem immer noch populären Ex-Premierminister Koizumi zerstritten, dessen Reformpolitik er aufkündigte. Öffentlich bezweifelte er die Sinnhaftigkeit der mühsamen Postprivatisierung, Koizumis politischen Lebenswerks. Yoshimi Watanabe, ehemals Minister für Finanzdienstleistungen und die Verwaltungsreform und einer von Koizumis Gefolgsleuten, hatte die Regierungspartei bereits im Januar 2009 verlassen, um eine später bei den Oberhauswahlen von 2010 erfolgreiche wirtschaftsliberale Partei (*Minna no Tō*; »Partei aller«) zu gründen.

Nach ihrer katastrophalen Niederlage bei den Stadtratswahlen in Tōkyō im Juli 2009, bei denen die LDP auf 25% abstürzte (ITO 2009), herrschte bei Japans regierender LDP eine Stimmung von Götterdämmerung. Die Wähler der Hauptstadt galten als wetterwendische Trendsetter. Doch schon im Frühjahr hatte die LDP

auch alle anderen Testwahlen, darunter Gouverneurssitze in ihren konservativen ländlichen Hochburgen, verloren. In der Präfekturhauptstadt Chiba und in Nara gewannen unerfahrene Dreißigjährige, nach japanischen Maßstäben im politischen Säuglingsalter, gegen altgediente LDP-Politiker.

Auch überzeugte Asōs Wirtschaftsmanagement nicht. Der zeitweise Zusammenbruch seiner Exportmärkte hatte Japan nach dem Einbruch der US Schuldenkonjunktur im Herbst 2008 voll getroffen. Auch wegen des stark aufgewerteten Yen waren im Dezember 2008 die Exporte um 35% gefallen, im Januar 2009 nochmals um 14%. Die Industrieproduktion musste um 20% gedrosselt werden. Die Wirtschaftsleistung sank bereits im 4. Quartal 2008 um 4,3% (HOSAKA 2009). Das war der stärkste Einbruch seit der Ölkrise von 1974. Aufs Jahr gerechnet hätte dies einem Rückgang von über 16% entsprochen. Die Flaggschiffe der japanischen Exportwirtschaft wie Toyota, Nissan, Sony, Tōshiba, Hitachi oder Panasonic mussten Tausende entlassen. Zunächst die Leiharbeiter, danach war das Stammpersonal an der Reihe, das nach 2002 wieder an lebenslange Anstellungen zu glauben begonnen hatte. Mit 700.000 Entlassungen bewegt sich die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2009 auf 4,7% zu. Sie stieg bis Ende 2009 auf 5,2% an (OECD 2010).

Dabei hatten die meisten japanischen Banken, die sich von der Spekulations- und Stagnationskrise der 1990er Jahre gerade erholt hatten, eigentlich gut gewirtschaftet und im Gegensatz zu den Europäern keine toxischen US-Schatzbriefe gekauft. Doch machten ihnen jetzt die Kreditausfälle der Pleitenwelle und die stark gefallen Kurse ihrer Aktienpakete zu schaffen.

Als erstes senkte die Bank von Japan ihren Leitzins auf 0,1% und kaufte für € 9 Milliarden Aktienpakete aus Bankbeständen und für € 11,6 Milliarden Staatsanleihen auf (TABUCHI 2009). Sie kehrte damit nach fünf Jahren wieder zu ihrer Nullzinspolitik zurück, um die Wirtschaft mit Liquidität zu fluten. Dann gab die Regierung Asō ihr ursprüngliches Ziel der Haushaltskonsolidierung bis 2011 auf und legte gleich zwei Konjunkturprogramme nacheinander auf. Die umfassten zusätzlich zum regulären Haushalt von € 710 Milliarden insgesamt € 290 Milliarden. Insgesamt betrug das Haushaltsdefizit unter Asō damit 9% des BIP und erreichte fast britische und amerikanische Dimensionen des Unsoliden (OECD 2009). Jene Konjunkturprogramme zeugen von Verzweiflung, wurden doch nahezu die gleichen Rezepte der 1990er Jahre wieder erprobt, auch wenn sinnvolle produktivitätssteigernde neue Infrastrukturprogramme in dem gründlich zubetonierten Land immer weniger ersichtlich sind. So wurde denn ein Potpourri an milliarden-schweren öffentlichen Finanzierungen zusätzlich angeboten, die Steuersenkungen, Staatsgarantien für Bankkredite an Kleinbetriebe, für Bankkapitalbeteiligungen an Not leidenden Industriebetrieben, örtliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

und Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung umfassten. Alles war sehr löblich, nur erholten sich davon die Exporte nicht, die anno 2002/2003 Japan aus der Krise befreit hatten.

Asō verfeinerte seine Konjunkturprogramme, indem er neben den klassischen Geschenken für die mit der Partei versippten Bauindustrie diesmal auch Einkaufsgutscheine an alle verteilen ließ und die deutsche Verschrottungsprämie als Konjunkturinitiative für japanische Autos und Elektrogeräte imitierte. Zu den unpopulärsten Elementen des Konjunkturpakets gehörten die Konsumgutscheine, die Asō unters Volk bringen wollte: Yen 12.000 (€ 100) pro Erwachsener und Yen 20.000 (€ 170) pro Kind und Greis. Nach einer Umfrage der Tageszeitung *Yomiuri Shinbun* lehnten 78% der sparsamen Japaner, ebenso wie die Opposition, die das Oberhaus beherrschte, diese staatlichen Konsumsubventionen auf Staatsschuld ab (ONISHI 2009), zumal Wirtschaftsminister Kaoru Yosano ankündigte, wenn sich die Konjunktur erhole, müsse man zur Sanierung der öffentlichen Haushalte die Mehrwertsteuern von 5% auf 10% verdoppeln.

Die japanische Öffentlichkeit misstraute der Neuauflage der gescheiterten alten Rezepte. Nur noch 9% billigten die Politik des erst seit dem Vorjahr amtierenden Premiers. Vier Fünftel lehnten sie ab (*THE ECONOMIST* 18.7.2009). Gefolgsleute Koizumis drohten, gegen den Nachtragshaushalt zu stimmen und ihn so zusammen mit der Opposition der Demokraten zu Fall zu bringen.

Trotz katastrophaler Umfragedaten hatte die LDP die am 30. August 2009 stattfindenden Unterhauswahlen noch nicht aufgegeben. Bekanntlich wurden 300 Sitze nach der Wahlrechtsreform von 1994 nach dem Mehrheitswahlrecht englischer Art in Direktwahlkreisen gewählt. Hier fühlten sich die LDP Abgeordneten dank ihrer überlegenen, häufig ererbten und teuer finanzierten Wahlkreisorganisationen (*kōenkai*) oft unschlagbar (SVEINSDOTTIR 2003: 120). Die Unbeliebtheit von Partei und Premier hatte bei der Stimmabgabe für den populären und verdienstvollen örtlichen Abgeordneten in der Vergangenheit oft nur geringe Auswirkungen gehabt. Nur 180 Unterhaussitze wurden per Verhältniswahl nach deutschem Muster vergeben, bei denen die Regionallisten der Parteien angekreuzt werden.

Im Spätsommer 2009 bot Japan somit das interessante Spektakel eines Duells zwischen zwei relativ zentristischen Parteien. Während die konservativere LDP dank Koizumis modernisierender («neoliberaler») Reformen vielen klientelistischen Stammwählern (Bauern, Postbeamten, Bauunternehmern oder Rentnern) entfremdet blieb, versprach die um rechte Gewerkschaftler der Rengō und ehemalige Sozialdemokraten nach links erweiterte DPJ unter Ozawas strategischem Einfluss Klientelpolitik im Stil der alten LDP verbunden mit neuen Sozialausgaben, die prompt als Programm wenig glaubwürdig auch von Tarō Asō und von der LDP

kopiert wurden. Dagegen gelang es den Sozialdemokraten und den Kommunisten, die nach den Krisen der 1990er Jahre zu einflusslosen Splitterparteien geschrumpft waren, vorsehbar nicht, von der Wechselstimmung zu profitieren. Dies galt auch für eine linksgrüne Bewegung feministischer Verbrauchergenossenschaften (*seikatsu kurabu*), die weiter eine Randgruppe der großstädtischen Kommunalpolitik blieb (FOLJANTY-JOST und SCHMIDT 2006: 389–390).

### 3. Die Erosion des Eisernen Dreiecks seit 1992

#### 3.1 *Zaikai* und der Bedeutungsverlust der Keiretsu nach der Krise ihrer Großbanken und Generalhandelsgesellschaften

Wirtschaftsverbände als organisierter Ausdruck der Interessen der Großindustrie und anderer Wirtschaftsinteressen bildeten seit der Taishō-Ära, als Mitsubishi die damaligen Demokraten (*Minseitō*) und Mitsui die Liberalen (*Seiyūkai*) sponserten (FUKUI 1970: 25), eine tragende Säule der traditionellen japanischen Machtelite. In Summe werden jene politisch engagierten Spitzeninteressen mit dem Terminus *zaikai* (eigentlich »Finanzwelt«) zusammengefasst.

Bis zur Krise von 1992–2002 wurden sie weitgehend von den Keiretsu als Konzerngruppen (Mitsubishi, Mitsui, Sumitomo, Dai-Ichi Kangyō Ginkō, Fuyō und Sanwa) kontrolliert. Deren innere Lenkungsfunktion wurde jeweils von ihrer Hausbank und der Generalhandelsgesellschaft (*sōgō shōsha*) der Gruppe wahrgenommen.

In der Krise von 1992–2002 wurden jedoch beide Unternehmenstypen schwer getroffen. Der strukturelle Niedergang der Generalhandelsgesellschaften wurde weiter beschleunigt, da die japanischen Unternehmen ihre Exportmärkte und ihre Importe von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten unter Ausschluss von Mittelsmännern zunehmend in Eigenregie organisierten (ROTHACHER 2007: 23–24). Die Zahl der Großbanken wurde durch Zwangsfusionen von elf auf vier reduziert. Das bedeutete das Ende der großen Bankenkeiretsu – Dai-Ichi Kangyō Ginkō, Fuyō und Sanwa. Die angeschlagenen Hausbanken konnten den in Schieflage geratenen Gruppenunternehmen nicht mehr zu Hilfe kommen. Ohne praktische Solidarität in der Stunde der Not waren jene Gruppen als Schönwetterveranstaltungen sinnlos geworden und lösten sich nach und nach auf. Durch die Bankenfusionen wären konkurrierende Unternehmen auch in einem gemeinsamen Keiretsu gelandet –

auch dies ein Ding der Unmöglichkeit für den Gruppenzusammenhalt.<sup>1</sup> Die Übernahme der Mitsui Bank durch die Sumitomo Bank, sowie von drei weiteren Großunternehmen in der Chemie, der Versicherungsbranche und der Bauwirtschaft der Mitsui-Gruppe durch Sumitomo zugehörige Firmen beendete faktisch die Existenz des eigenständigen Mitsui-Keiretsu, der als ruhmreicher Industrie-Keiretsu zu einem der großen Drei gezählt hatte. Von den ursprünglich sechs horizontalen Keiretsu (drei Industrie- und drei Banken-Keiretsu) blieben demzufolge nur noch zwei: Die Industriegruppen Mitsubishi und Sumitomo. Ohne Zweifel sind sie weiter machtvolle Akteure. Doch um den politischen Willens von *zaikai*, des japanischen Großkapitals zu organisieren und zu repräsentieren, sind die beiden allein doch zu minoritär.

Wurden die großen Wirtschaftsverbände Keidanren als Industrieverband, Nikkeiren als Arbeitgeberverband (die beiden föderierten 2002 zum Nippon Keidanren), und Keizai Dōyōkai als Managerverband und Diskussionsforum von *zaikai* in ihren Führungsetagen bis dato fast ausschließlich von Keiretsu-Vertretern beherrscht, so wurden seit Ausbruch der Stagnationskrise von 1992 die von den horizontalen Keiretsu unabhängigen Exportindustrien (die ihrerseits vertikale Keiretsu als Konzerngruppe vor- und nachgeordneter Unternehmen kontrollieren) wie Sony, Toyota, Panasonic und Canon, die in den 1960er und 1970er Jahren groß geworden waren, in die Führung von Nippon Keidanren und die anderen großen nationalen Wirtschaftsverbände kooptiert. Als erster Repräsentant eines Unternehmens, welches nicht einem horizontalen Keiretsu angehörte, sollte Akio Morita 1993 den Vorsitz von Keidanren übernehmen. Allein am Vorabend seiner sorgsam vorbereiteten Wahl erlitt er einen schweren Hirnschlag und war damit nicht länger fähig das Amt zu übernehmen (ROTHACHER 2004: 188). An seiner statt dienten dann die Toyota Vorstandsvorsitzenden Shōichi Toyoda und Hiroshi Okuda von 1994–1998 bzw. 2002–2006 als Chefs von Keidanren. Fujio Mitarai<sup>2</sup>, der 23 Jahre lang den Canon Vertrieb in den USA aufgebaut hatte, hielt von 2006 bis Mai 2010 den Vorsitz von Nippon Keidanren, ein Amt das gleichsam als Ministerpräsidentenschaft der klassischen Japan AG fungierte. Von seinen fünfzehn Stellvertretern waren gut die

1. Als die Fuji Bank, die Dai-Ichi Kanyō Bank (DKB) und die Industrial Bank of Japan (IBJ) als Mizuhō übernahm, fusionierten nominell zumindest die beiden großen Fuyō- und DKB-Keiretsu, sowie die kleinere IBJ-Gruppe. Zwar gab die Bank den Keiretsu Vorsitz an die weniger belastete Handelsfirma Marubeni und die Yasuda Versicherung ab, doch war die Konzerngruppe einfach zu überdimensioniert geworden, um noch viel operative Bedeutung zu haben. So enthält er jetzt vier Generalhandelsgesellschaften, drei Mineralölgesellschaften, vier Stahlfirmen etc., die alle im Wettbewerb untereinander stehen. Großartige Gruppengefühle kommen da nicht mehr auf, in Japan genauso wenig wie andernorts.
2. Zu seiner Managementphilosophie siehe NIKKEI 2004.

Hälfte die Chefs prominenter Keiretsu-Firmen, wie Mitsubishi Heavy, Mitsubishi Shōji, Mitsui Bussan, Mitsui Fudosan, Mizuhō Bank, Nippon Oil, Toray oder Dai-ichi Mutual Life. Der Rest bestand zumeist aus Exportindustrien wie Panasonic (Matsushita), Toyota oder Tōshiba. Eine Art Aufsichtsrat (*board of councillors*) ist ähnlich besetzt, ebenso wie die Vorsitze der Dutzende von Keidanren-Ausschüssen, die sich um sektorale Industrieinteressen und Politiken kümmern.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Hiroshi Okuda (Toyota), der Koizumis Reformagenden auch gegen den Widerstand etlicher Mitgliedsfirmen (unter anderem in dem wichtigen Beratungsausschuss (*shingikai*) für Steuer- und Wirtschaftspolitik) aktiv und machtvoll unterstützte, musste Mitarai mit vier Kurzzeitpremiers umgehen und verfügte wegen Canons globalisierter Produktionsstruktur weder über die vertikalen noch horizontalen Keiretsu-Netzwerke seiner Vorgänger. Trotz seiner Reputation als erfolgreicher Sanierungsmanager galt sein Einfluss auf die Regierungspolitik deshalb als relativ gering (YASUDA 2010). Nach monatelangen Auseinandersetzungen um einen Nachfolger, bei der auch die Vorstände von Panasonic und Tōshiba<sup>3</sup> zeitweise als Favoriten öffentlich gehandelt wurden, fiel die Wahl schließlich auf Hiromasu Yonekura, den Vorsitzenden von Sumitomo Chemical (AKAHATA 03.03.2010). Yonekura hatte Sumitomo Chemicals internationalen Expansionskurs geführt und unter anderem auch ein riesiges petrochemisches Gemeinschaftsunternehmen mit Saudi Aramco in Saudi Arabien umgesetzt.

Die Führung von *zaikai* war somit binnen zwei Jahrzehnten von dem relativ engen Keiretsu-Zirkel (die damals von der Stahl- und elektrischen Maschinenindustrie repräsentiert wurde) oder den staatsnahen Energieerzeugern (Tokyo Electric Power), um moderne global orientierte Schlüsselindustrien erweitert worden. Emporkömmlinge und neues Geld wie Hiromasu Ezoe, der sich 1986 mit seinen Recruit-Spenden in jenes prestigereiche und machtvolle Milieu einkaufen wollte, blieben weiter ausgeschlossen.

In dem Maße, in dem das Konsensprinzip den zunehmend heterogenen Verbandswillen bei kontroversen Themen neutralisiert, begannen die Großunternehmen, ihre Interessen gegenüber der Politik und der Ministerialbürokratie natürlich auch vermehrt direkt wahrzunehmen.

Für die Politik der Finanzwirtschaft in Japan gilt ebenso wie für die Gebrauchsgüterindustrie, dass der tendenziell stagnierende, demographisch kontraktierende Binnenmarkt keine Zukunftschancen für das Firmenwachstum mehr verspricht. Deshalb werden die expansiven Weltmarktinteressen gegenüber der Pflege und dem

3. Weil der Präsident der Industrie- und Handelskammer (*Nisshō*), die eigentlich KMU Interessen repräsentieren soll, auch von Tōshiba gestellt wurde, galt die Wahl eines weiteren Tōshiba-Vorstandes als ein Hinderungsgrund.

Schutz des nationalen Marktes – des alten neomerkantilistischen Kernanliegens der Japan AG immer wichtiger. 30% der Mittel- und Großfirmen gelten mittlerweile als exportorientiert. Die mit 8,5% (1995) ursprünglich niedrige Exportabhängigkeit der japanischen Wirtschaft ist im Zuge der Krisen auf 19,5% (2008) stetig angewachsen (HATAKEYAMA 2009). Gleichzeitig fächern sich die individuellen Unternehmensinteressen immer mehr auf, so dass sie sich von Dachverbänden (als »ideeller Gesamtkapitalist«) nicht mehr adäquat vertreten fühlen. Das Lobbying wird von der Großindustrie deshalb eher in Eigenregie oder im eigenen Industrieverband vorgenommen. So wurde nach dem Niedergang der einst wichtigsten LDP-Finanzquelle, der summarischen Spendensammelpraxis des Keidanren in den 1990er Jahren (die nach Skandalen schon 1990 vorübergehend eingestellt und nur halbherzig wieder aufgenommen wurde), Toyota schon seit den 1990er Jahren wichtiger Geldgeber zum weitaus größten Einzelspender der LDP (*FT* 07.10.2005). Die unter der DPJ-geführten Regierung ungestraft weitgehend übergangene einstige Machtsäule des Keidanren zerfasert daher weiter. Wirtschaftsinteressen werden unter ihr mehr von den Industriegewerkschaften des Rengō – etwa in Gestalt eines Toyota Gewerkschaftlers als Wirtschaftsminister – repräsentiert als von Nippon Keidanren, das sichtlich Schwierigkeiten hat, auf seinen Einflussverlust zu reagieren.

### 3.2 Administrative Dauerreformen und die Ministerialbürokratie

Die Aufdeckung einer Serie von Verwaltungsskandalen in den Eliteministerien MOF (Finanzministerium), MITI (Wirtschaftsministerium) und MOFA (Außenministerium) in den 1990er Jahren kam der LDP-Politik sehr zupass, die nun die Schuld an der Wirtschaftsmisere und den ineffektiven Konjunkturprogrammen der vermeintlich unfähigen Bürokraten zuschieben konnte und während des Wahlkampfes von 1996 eine Flut von mehr oder minder sinnvollen Vorschlägen zur Verwaltungsreform propagierte. So forderte damals Premierminister Hashimoto die Zahl der Ministerien zu halbieren und ihre Beamtenschaft um ein Fünftel zu vermindern (SCHMITT 1996). Den Ministerien gelang es, durch hinhaltenden Widerstand, das Schlimmste zu verhindern. Nach der verlorenen Oberhauswahl von 1998 trat Hashimoto zurück. Sein Nachfolger Obuchi beschränkte sich im Jahr 2000 dann im Wesentlichen auf additive Zusammenschlüsse (YAMAGUCHI 2001: 71). Gesundheit, Arbeit und Soziales wurden nach den englischen Abkürzungen zu MHLW (Kōseirōdōsho), Bau, Infrastruktur und Verkehr zu MLIT (Kokudōkōtsushō), und Inneres und Kommunikation (einschließlich des Postwesens) zu MIC (Sōmushō) fusioniert. MOF verlor die Bankenaufsicht an die neue Finanzdienstleistungsagen-

tur FSA (Kinyū Kantokuchō). Dagegen wurden die Planungs- und Koordinationskompetenzen des Amtes des Premierministers (Kantei) deutlich gestärkt (GANDOW 2001). Insgesamt wurde so die Zahl der Ministerien und Agenturen von 23 auf 13 reduziert. Der geplante Personalabbau um 21% wurde auf ein Jahrzehnt von 2001 bis 2011 gestreckt. Er traf vor allem die 152 mit den Ministerien assoziierten öffentlichen Unternehmen und Agenturen, deren Anzahl durch Schließungen und Fusionen bis 2008 auf 85 vermindert wurde (DOI und HORI 2009: 283). Dezentralisierungsinitiativen wurden ernsthaft angegangen. In letzter Konsequenz scheiterten die Kompetenztransfers an die Gebietskörperschaften jedoch an deren massiver Verschuldung und ihrem durch den steigenden Schuldendienst immer enger werdenden finanziellen Spielraum (NAKAMOTO, 2006; DOI und HORI 2009: 207).

Von den Kürzungen der Reform von 2000 wurden auch die Zweitkarrieren der Ministerialbeamten, die im rüstigen Alter von Anfang 50 als aus dem Ministerien ausscheiden und im privaten Sektor oder öffentlichen Organisationen noch herausfordernde und lukrative Aufgaben suchen (*amakudari*; wortwörtlich »vom Himmel herabsteigen«), hart betroffen. Denn ihre Ministeriumspension bekommen sie erst mit 65. In den 1960er Jahren, als diese Praxis begann, wurden sie als welt- und verwaltungsversierte Managementtalente gerne in den Wachstumsindustrien engagiert, wo wegen der rapiden Expansion solche Fähigkeiten sehr ausgelastet und noch dünn gesät waren. Mittlerweile sind die Wachstumsindustrien rar geworden. Die Industrie hat heute vielmehr Schwierigkeiten, ihr eigenes Mittelmanagement in sinnvolle Positionen zu befördern und beendete mit mehr oder minder subtilen Entlassungsprogrammen deshalb ihre bisherige lebenslange Anstellungspraxis. Zudem kommen die ehemaligen Beamten die Firmen nicht gerade billig. Mit ihrem Gehalt, einem eigenen Büro, einem Wagen mit Chauffeur und einem Sekretär als Assistenten kosten sie mindestens 50 Millionen Yen im Jahr (YAYAMA 1999: 46–47).

So drängen alljährlich 32.000 frühpensionierte Ministerialbeamte auf den Arbeitsmarkt. Nur eine Minderheit sind freilich Klasse I Elitebeamte. Ihre Zweitkarrieren suchen sie vorrangig in Firmen in Branchen, die von den Ministerien stark reglementiert und deshalb abhängig blieben, so das Finanzministerium (MOF) und die Bank of Japan im Finanzsektor (vor allem in jenen Unternehmen, welche die Finanzaufsicht fürchten (HASSINK und VAN RIXTEL 1998)), das Wirtschaftsministerium (MITI/METI) in der Energiewirtschaft, und das Bauministerium (MOC/MLIT) in Bauunternehmen. In Nōrinchūkin, dem japanischen Äquivalent der Raiffeisenzentralbank und »grünen Finanzriesen«, waren elf ihrer zwölf vormaligen Präsidenten ehemalige administrative Vizeminister des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei (MAFF) (MULGAN 2005: 116).

Das Außenministerium (MOFA) bemüht sich um die verbliebenen Generalhandelsgesellschaften (*sōgō shōsha*). Dort sitzen die rüstigen Pensionäre weniger wegen ihrer Führungsfähigkeiten sondern als Berater (*komon*) zur Beziehungspflege zu ihrem alten Ministerium, deren nachwachsende Führungsebene dereinst ihre Untergebenen gewesen waren und deshalb nur schwer ihre Ansuchen ablehnen können. Doch auch hier trocknen die lukrativen Posten im Zuge der fortgesetzten Krisen langsam aus. Blieben die ministeriumsnahe Agenturen und Staatsbetriebe. Um möglichst viele frühpensionierte Beamte zum Zuge kommen zu lassen, gilt hier eine Verweildauer von maximal zwei Jahren. Am Ende gibt es zwar wieder eine großzügige Abfindungsprämie, danach ist man wieder auf Arbeitssuche. Viele verdingen sich deshalb als Professoren an einer der unzähligen Hochschulen, als freie Berater oder Publizisten. Mitglieder der nationalen Machtelite sind sie dann freilich längst nicht mehr. Eine politische Karriere wird nur von den wenigsten angestrebt. Sie gelang dank den bis 2009 immer häufigeren Erbabeordneten mit ihren Stammwahlkreisen immer seltener. So teilt das einst stolze Mandarinat trotz dreißigjähriger sicherer Arbeitsplätze zunehmend die raue Realität und Ernüchterung ihrer Altersgenossen in der Privatwirtschaft.

Zu den Gemeinplätzen der politischen Diskussion zählt die Beobachtung, die japanische Bürokratie habe an Macht und Einfluss gegenüber den 1950er und 1960er Jahren verloren, als sie industriepolitisch mit allen notwendigen Instrumentarien, von der Kredit- und Devisenzuteilung bis hin zu Produktionsquoten das japanische Wirtschaftswunder auf die Beine zu stellen half (JOHNSON 1982). Mittlerweile leidet kein japanisches Unternehmen mehr an Devisenmangel oder am fehlenden Zugang zu Krediten. Auch der damalige umfassende Importschutz ist dank der weltweiten Freihandelsrunden, der neuen bilateralen Freihandelsabkommen und des Druckes der USA und der EU auf Restposten geschrumpft. Auf Subventionen und Staatshilfen kann Japans bis vor kurzem erfolgsverwöhnte Exportindustrie ohne Schwierigkeiten verzichten. Was also bleibt vom Machtinstrumentarium der Ministerien?

Gesetze sind oft vage formuliert. Tenor: Nahrungsmittel müssen sicher sein. Oder: Das Flusswasser soll sauber werden. Entsprechend groß ist für die Ministerien der Ermessensspielraum, durch Erlasse und Richtlinien die Umsetzung durchzusetzen. Diese Verordnungen werden zwar allesamt vorher in externen Beratergremien des Ministeriums, den sogenannten *shingikai*, beratschlagt und abgesegnet. Doch sind die ehrwürdigen Mitglieder der *shingikai* (Professoren, Fachjournalisten, führende Repräsentanten von Verbänden und Interessenvertretungen etc.) selbst vom Ministerium ernannt. Fundamentaloppositionelle und Querdenker sucht man deshalb vergeblich unter seinen Mitgliedern.

Zu den einzigartigen Instrumenten zählt *gyōsei shidō* als Verwaltungsanweisung ohne rechtliche Grundlage (PAPE 1980). Nach eingehenden Konsultationen erteilt das zuständige Ministerium seinen Wirtschaftssubjekten einen Befehl, dessen Erfüllung in Ermanglung eines Gesetzes formell nicht erzwungen werden kann. Dennoch erfolgt seine Beachtung, hätte doch Ungehorsam dem Unternehmen den Eintrag auf eine informelle schwarze Liste des Ministeriums gebracht. In Folge wären Subventionszahlungen abgelehnt und Kredite von staatsnahen Banken fällig gestellt worden. Die Steuerfahndung hätte sich für die Unternehmensbilanzen und die Einkünfte von Eignern und dem Management interessiert. Die Liste potentiellen Ungemachs wäre sehr lang geworden.

Doch selbst an diesen Restposten administrativer Macht haben zwei Jahrzehnte von Dauerangriffen der Medien und der Politik unübersehbare Erosionsspuren hinterlassen.

Die neuen Entscheidungen der DPJ-geführten Regierung sollen auch gegen den Willen der starken Ministerialbürokratie – die, obwohl allesamt streng parteibuchfrei, sich in den letzten 60 Jahren an die Zusammenarbeit mit der LDP zu sehr gewohnt hatte – durchgesetzt werden. Hatoyama untersagte deshalb nach seinem Machtantritt sofort die wöchentliche Konferenz der administrativen Vizeminister, die seit 123 Jahren getagt und die Kabinettsitzungen vorbereitet hatte. Stattdessen sollten die politischen Vizeminister diese Aufgabe wahrnehmen. Ein im Amt des Premiers angesiedeltes Nationale Strategieamt mit Ministeriumsrang soll nunmehr die großen Linien der Politik bestimmen. Ob es die politischen Widersprüche der DPJ-geführten Koalition lösen kann, bleibt nach wie vor noch ungewiss.

### 3.3 Die Deklassierung der Mittelschichten

Japans Krisenjahrzehnt hat nach dem Platzen der Immobilien- und Aktienspekulationsblase ab 1992 zu hohen sozialen Ungleichheiten in der einstigen Mittelstandsgesellschaft geführt. Nach massenhaften Entlassungen, Konkursen und dem Ende der früher üblichen arbeitslebenslangen Beschäftigungen arbeitet ein Drittel aller Japaner jetzt in schlecht bezahlten, prekären Teilzeitjobs. Für die anderen sind seit Jahren die Löhne mehr oder minder eingefroren. Überstunden- und Bonuszahlungen wurden gekürzt, und seit fünfzehn Jahren die Sparkonten kaum mehr verzinst. Dazu wächst die Zahl der Rentner und Frührentner mit knappen und weiter gekürzten Pensionen. Mit den seit 1997 rückläufigen Haushaltseinkommen stagniert die Binnennachfrage, zumal viele Japaner vernünftigerweise noch weiter für schlechte Zeiten und ihre Altersversorgung sparen. Die seit 1991 auftretende

Abnahme der Sparquote der Privathaushalte ist auf die zunehmende Überalterung, sinkende Haushaltseinkommen und Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die zur Auflösung von Reserven führen. So fiel Japans Sparquote von 1991 (16%) bis 1996 auf 11%, und dann von 1998 (12%) bis 2004 auf nur noch 3% (KATAYAMA 2006).

Nur mit steigenden Realeinkommen, einem festeren sozialen Netz und mehr Dauerbeschäftigungen könnte die Binnennachfrage wieder in Gang kommen. Dazu machten LDP Regierung und Wirtschaft jedoch keine Anstalten.

Seit 2007 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen, seit 2008 auch die Bevölkerungszahl von derzeit noch 127 Millionen Japanern jährlich um minus 79.000 Menschen (2008) bzw. 183.000 (2009). Da die Todesraten in dem überalternden Land in Bälde stark ansteigen werden – denn die Lebenserwartung kann nicht endlos weiter gesteigert werden –, wird sich die Bevölkerungsabnahme beschleunigen. Im Jahr 2046 könnte die Bevölkerung unter 90 Millionen fallen, um im Jahr 2105 45 Millionen zu unterschreiten (JT 15.1.2010). Beim Anhalten des Trends würde um 3200 das japanische Volk ausgestorben sein. Und weil auch das dritte Fünfjahresprogramm (sinnigerweise »*New New Angel Plan*« genannt) zur Steigerung der Geburtenraten nicht mehr Kinder bringt (COULMAS 2006: 209), müsste wenigstens die Produktivität der verbleibenden Arbeitskräfte gesteigert werden, um den Lebensstandard zu halten oder gar zu steigern. Produktivitätsreserven liegen offenkundig in den geschützten Sektoren der japanischen Wirtschaft: bei Banken und Versicherungen, im Handel und Baugewerbe, im Transportwesen und in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. Ihre Mobilisierung verlangt freilich neuerliche unpopuläre Liberalisierungsreformen, die mit Koizumis Abgang nach 2006 von LDP und DPJ eingestellt wurden.

Von den 1960er bis in die 1990er Jahre hielten sich mehr als 90% der Japaner als zur Mittelschicht zugehörig. Die radikale Landreform und Enteignung der Eigentümerfamilien der großen Unternehmenskonglomerate (*zaibatsu*) durch die Amerikaner, ein hohes allgemeines Bildungs- und Ausbildungsniveau, hohe Erbschaftssteuern und eine starke Progressivität der Einkommenssteuern schuf bis Mitte der 1980er Jahre eine Vermögensverteilung, die – trotz der hohen Einkommens- und Statusunterschiede zwischen Spitzenunternehmen und der Masse der Mittelständler (WATANABE und SCHMIDT 2003: 7) – nahezu skandinavische Dimensionen der Gleichheit aufwies (SHIRAHASE 2001: 3). Auch die während der Spekulationsphase von 1985 bis 1992 durch Aktien- und großstädtischen Immobilienbesitz geschaffenen eklatanten Vermögensunterschiede wurden seither wieder teilweise eingeebnet. Innerhalb der Betriebe beträgt die Disparität zwischen Einstiegs- und Vorstandsgehältern gerade einmal 1:11 – ein gewaltiger Unterschied zu den in den USA praktizierten Gepflogenheiten. In Japan wäre es nicht vermit-

telbar, ein Vorstand leiste und verdiene damit mehr als das 500-fache eines Schal-terbediensteten oder Kreditsachbearbeiters, wie es dies z.B. deutsche Großbanken unter dem fatalen Einfluss ihrer Londoner Investmentbanker seit einigen Jahren tun. Frugale, arbeitsorientierte Lebensstile und meritokratische, bildungsgangori-entrierte Lebensentwürfe fanden weite gesellschaftliche Akzeptanz und Umsetzung, mit dem *salariman*, dem fest angestellten Gehaltsempfänger als erstrebenswerter Durchschnittsnorm der Vorkrisenzeit. Gesellschaftliche Normen in Japan entmuti-gen abweichendes Verhalten ohnehin. Reichtum (oder offene Armut) wird deshalb nur selten zur Schau gestellt. Weitgehend gemeinsame Lebensentwürfe, die für alle gleichschweren Zulassungsprüfungen in die besseren Mittel-, Oberschulen, Uni-versitäten, Ministerien und Großbetriebe dienen dem nationalen Zusammenhalt und dem sozialen Frieden. Alle Japaner schienen die gleichen Chancen zu haben, jeder geistig und körperlich gesunde Mann die zumindest theoretische Option ei-ner Spitzenkarriere.

Wer sie nicht wahrnahm, musste bis dato persönliche Ursachenforschung trei-ben, kaum nach widrigen sozialen Verhältnissen suchen. Diese meritokratische Regel gilt mittlerweile angesichts von massiven Einstellungsstopps und einer »ver-lorenen Generation«, die in den 1990er Jahren vom ersten Arbeitsmarkt und ihren Regelbeschäftigungen abgewiesen wurde, nicht länger.

Schon in den 1980er Jahren war der Gini-Koeffizient, der soziale Ungleichheit misst, durch die Spekulationsgewinne der Aktien- und Immobilienbesitzer auf 0,4, auf den Wert der USA geklettert (OECD 2006). Dies ist der Punkt, bei dem soziale Ungleichheit für alle sichtbar wird. Er hatte damit die scheinbar egalitäre Nach-kriegstradition Japans hinter sich gelassen. Die sozialen Schichtungsvorstellungen haben sich dann mit der Krise von 1992–2002 auch im öffentlichen Bewusstsein gewandelt. So erklärten sich bei einer NHK Umfrage im Jahr 2006 nur noch 46% der Mittelschicht und schon 35% der Unter- bzw. unteren Mittelschicht zugehö-rig (PILLING 2007). Die Krise hatte natürlich zunächst einmal die Schicht der neureichen Spekulanten, die Bauwirtschaft und die Banken hart getroffen. Doch wurden die wesentlichen Kosten der Krisenbewältigung der Bevölkerung – und durch die massive öffentliche Verschuldung den kommenden Generationen – auf-gelastet. Die Sparguthaben wurden mehr als ein Jahrzehnt lang nicht verzinst. Die Reallöhne wurden durch reduzierte Bonuszahlungen, unbezahlte Überstunden, Beförderungssperren, Versetzungen in Tochterbetriebe und Teilzeitjobs drastisch vermindert (PILLING 2004). Die ohnehin knapp bemessenen staatlichen Renten wurden um 15% gekürzt (TAKAYAMA 2004) und die Verkaufssteuer auf 5% erhöht. Die Steuergelder wurden nicht etwa zur Erhöhung der städtischen Lebensqualität oder für verbesserte staatliche Dienstleistungen ausgegeben, sondern in einer Um-

verteilung von unten nach oben zur Sanierung der Banken und der Bauwirtschaft von ihrer selbstverschuldeten Überschuldung. Die Krise traf aber auch direkt die Mittelschichten. Wer etwa in den 1980er Jahren den japanischen Traum vom Eigenheim, ein kleines Vorstadthäuschen, mit einem durchaus üblichen Kaufpreis von € 3 Millionen realisierte (*THE ECONOMIST* 5.1.2008), sah sich im Korsett eines Hypothekenkredits mit 25–30-jähriger Laufzeit eingezwängt, während der Wert des Hauses auf ein Drittel fiel, und das Haushaltseinkommen zusehends schrumpfte. Ist dann der Kredit jener Lebensinvestition endlich mühsam getilgt, ist das aus Holzfertigteilen gezimmerte Eigenheim ohnehin am Ende seiner geplanten Lebensdauer und eigentlich abbruchreif.

Für die neue Großgruppe der Krisenverlierer erfanden Soziologen den Terminus *karyū shakai* (Unterschichtengesellschaft). Sie besteht neben der alten Armutsguppe von Wanderarbeitnehmern und Tagelöhnern aus jenen 4% Arbeitslosen, den 15% geringfügig Beschäftigten, als Teil jener auf 34% der Arbeitsplätze angewachsenen Zahl der Teilzeitarbeiter (OSAWA und KINGSTON 2010). Es sind auch jenes Viertel der Japaner darunter, die keine Ersparnisse haben. Mit 220 Millionen Kreditkarten im Umlauf sind 15 Millionen verschuldet. Zehn Prozent davon in problematischem Umfang. Für sie gibt es nur noch die Umschuldung per Kredithai (*sarakin*), die zu 2% Kapital aufnehmen und zu 20% Sollzinsen verleihen (NAKAMOTO 2007). Täglich gibt es deshalb im Schnitt 19 Selbstmorde oder Fälle von Zeitgenossen, die einfach spurlos verschwinden. Die Zahl der Privatkonkurse beträgt jährlich 160.000. Verarmungsphänomene sind dabei noch stärker als in den spektakulären blauen Zeltstädten der Obdachlosen in den Parks der Großstädte vielmehr in der von struktureller Arbeitslosigkeit und zunehmender Verödung heimgesuchten Provinz, den Dörfern und Klein- und Mittelstädten der Peripherie verbreitet (FAKLER 2004; HARDING 2008).

Japan ist kein umfassender Sozialstaat. Der Sozialhaushalt wird bislang überwiegend für nicht länger arbeitsfähige Rentner ab 70 aufgewendet. Die öffentlichen Defizite begünstigten wie erwähnt die Bauwirtschaft und die Banken, nicht wie in Deutschland die Sozialstaatsbürokratie und ihre Klientel. So gibt es in Japan etwa zehn Millionen Menschen, die ernsthafte soziale Probleme haben: 1,2 Millionen pflegebedürftige Alte, 4,4 Millionen Behinderte, 5 Millionen Alleinerzieherfamilien mit ihren Kindern und 500.000 die an Tuberkulose und ansteckenden Krankheiten leiden.

Vielleicht am folgenreichsten war der »Tod des *salariman*« als gesellschaftliches Leitbild. Vormalig auf dem Ehrenplatz der Nation als selbstloser Modellangestellter der Japan AG, nach der Krise ein Symbol von Mittelmäßigkeit (HARVEY und ABRAHAMS 1998). Im Gegensatz zum hochproduktiven Fabrikarbeiter wurde

der Büroangestellte als nicht länger vermittelbarer Generalist zum entbehrlichen Kostenfaktor und zur unproduktiven Restrukturierungsbremse (NAKAMOTO 1997), in den Augen der Öffentlichkeit und der Jugend eine traurige, oft selbstmitleidige, gescheiterte Existenz. Die Erosion jenes sozialen Leitbildes konnte nicht ohne Folgen bei dem materiell sorgenfrei aufwachsenden, von ihren Müttern umsorgen und verwöhnten Nachwuchs bleiben. Der augenscheinliche Eindruck trägt nicht. Seit Jahren schon belegen Lebensstil- und Attitüdenstudien (HARNEY 2000; YAMAMOTO 2004), dass die unter Dreißigjährigen (*new breed*) der reglementierten Arbeit in Großbetrieben wenig abgewinnen und sich eher für ihren Zeitvertrieb engagieren (SCHOETTLI 2009).

Die gesellschaftliche Pluralisierung der Normen und die verschärften sozioökonomischen Diskrepanzen konnten politisch nicht folgenlos bleiben. Neben wachsender politischer Entfremdung und apolitischer Abstinenz begannen sich Wähler verstärkt an perzipierten persönlichen Vorteilen zu orientieren, die 2009 in Wahlmanifesten von der DPJ und LDP propagiert wurden. Die tradierten Loyalitäten zu Abgeordneten und den Altparteien blieben dabei zunehmend auf der Strecke. Der Pluralisierung der Gesellschaft entsprach kurzfristiges Wechsel- bzw. Nichtwählen als politischer Trend. Von den Zwanzigjährigen nahmen nur 34% an den Oberhauswahlen von 2007 teil (NAGATA 2008). Mit einigen Schwankungen sank die – unter allen Wahlen in Japan relativ höchste – Wahlbeteiligung an den Unterhauswahlen von 73% (1990) auf 69% (2009) trotz aller medialen Dramatik weiter ab.

#### 4. Der Machtwechsel und das DPJ-Regime

##### 4.1 Die Demokraten als Parteienkoalition mit alt-neuen Rekrutierungen

Japans großer Politstrategie Ichirō Ozawa und sein Mentor Shin Kanemaru hatten schon lange mit der Idee gespielt, und dies auch in Publikationen offen propagiert, eine zweite konservative Partei zu gründen, welche die doktrinären Sozialisten als eine glaubhaftere Alternative zur LDP ablösen sollte (u.a. OZAWA 1994). Beide Parteien stünden dann ähnlich wie die Republikaner und die Demokraten in den USA für eine alternierende Regierungsübernahme zur Verfügung, ohne dass die Systemfrage gestellt oder Japans Außen- und Sicherheitspolitik (wie seinerzeit von den Sozialisten als wichtigste existierende Oppositionskraft) grundsätzlich länger in Frage gestellt würde. Die neue große Oppositionspartei würde konstruktiv die wichtigen Reformprojekte und staatstragend eine stärkere internationale Rolle Japans unterstützen und so die wachsende innen- und außenpolitische Lähmung und die zu-

nehmende politische Marginalisierung auf internationaler Ebene zu überwinden. Soweit die edlen Motive.

Weniger edel waren die Taktiken und der Auslöser dieses größten LDP-Schismas und der weitgehenden Umwälzung des Parteienspektrums seit den Fusionen des Jahres 1955. Nach dem erzwungenen Rücktritt von Shin Kanemaru in Zuge des Sagawa Kyūbin Skandals hatte die Takeshita Faktion als größte aller LDP-Faktionen mit ihm ihren finanziellen Zusammenhalt verloren und sah sich in erbitterten Diadochenkämpfen zwischen den Gefolgsleuten der Hauptrivalen Ozawa und Hashimoto zerrissen (CARLSON 2007: 2). Solche Nachfolgekämpfe waren in einer übergroßen Faktion wie der Tanaka/Takeshita in der LDP an und für sich nichts Ungewöhnliches. Normalerweise hätten sich dann zwei oder drei neue Nachfolgefraktionen unter neuer Führung mit neuen Loyalitäten gebildet. Die Leitung einer neuen mittelgroßen LDP Faktion genügte Ichirō Ozawa jedoch nicht. Er wollte die LDP als reformunfähig diskreditieren und als Chef einer neuen Partei, deren Nukleus seine Gefolgsleute in seiner neuen Fraktion sein würden, nach gewonnenen Neuwahlen aus den Trümmern der LDP die Regierung übernehmen. Zu diesem Zweck hintertrieb er mit maximalistischen Forderungen systematisch alle konsens- und kompromissorientierten Wahlreformversuche der Regierungen Kaifu und Miyazawa, die während 1989–93 insgesamt sechs verschiedene Entwürfe vorlegten.

Im Frühsommer 1993 kam es schließlich zu dem lange befürchteten Urknall, als die abgespalteten Faktionen Ozawas und Tsutomu Hatas der Regierung Miyazawa bei einem Misstrauensantrag mit der Opposition stimmten und so im Juli 1993 Neuwahlen erzwangen. Im Juni formierten sich dann weitere LDP-Abspaltungen als Parteien, so die Shintō Sakigake des ehemaligen Finanzministers Tatsuo Murayama aus der Miyazawa Fraktion, die Nihon Shintō und die Shinseitō von Ozawa und Hata.

Zur Umsetzung der Wahlreform wurde im Juli 1993 eine heterogene Anti-LDP Koalition bestehend aus acht Parteien unter Morihiro Hosokawa, dem früheren Gouverneur von Kumamoto, das seine Vorfahren schon als lokaler Feudalherr (*daimyō*) beherrscht hatten, unter Ausschluss der Kommunisten und der LDP gezimmert. Ironischerweise benötigte die endgültige Verabschiedung der Wahlreform 1994 dann doch die Stimmen der LDP, da die Traditionalisten unter den Sozialisten in Vorahnung ihrer künftigen Verluste aufgrund der Abschaffung der Mehrfachwahlkreise, in welchen 20% der Wählerstimmen relativ anstrengungsfrei einen Sitz im Parlament garantierte, die Reform in letzter Konsequenz doch ablehnten.

Im September 1996 gründeten die Brüder Yukio und Kunio Hatoyama (ehemals Shintō Sakigake) mit dem Geld ihrer Mutter Masuko, die als gebürtige Ishibashi den Bridgestone Reifenkonzern geerbt hatte, zusammen mit dem ehemaligen Ge-

sundheitsminister Naoto Kan die Demokratische Partei (DPJ) als *Minshutō*. Das politische Taschengeld der großzügigen Mama für Yukio Hatoyamas Parteiunternehmen belief sich auf mindestens € 8,3 Millionen und war nach den strengen Standards des Parteispendinggesetzes jenseits der legalen Limits (*FAZ* 19.01.2010). Es war deshalb von Hatoyamas Sekretär gestückelt und zum Teil bereits verstorbenen Spendern zugeteilt worden. Nach dem Auffliegen der Affäre im Januar 2010 behauptete damalige Premierminister Yukio Hatoyama wenig glaubwürdig, von den diskreten Zuwendungen der Frau Mama nichts gewusst zu haben. Vielleicht spricht man bei den Superreichen in Japan tatsächlich nicht vom Geld. Da den Spenden keine Gegenleistungen entsprachen, wurde offenkundig niemand bestochen. Der damalige Premierminister musste deshalb lediglich die vergessenen Schenkungssteuern nachzahlen.

Die ersten Unterhauswahlen nach dem neuen Wahlrecht im Oktober 1996 sortierten dann die Spreu vom Weizen. Die LDP gewann in 169 von 300 Direktwahlkreisen und 70 weitere Sitze auf den Regionallisten (von damals 200). Shinshintō wurde mit 156 Mandaten zweitstärkste Partei. Die DPJ landeten mit 52 Sitzen aus dem Stand auf Platz drei. Die Kommunisten erreichten nur zwei Direktmandate von insgesamt 26 Sitzen, die Sozialisten vier von fünfzehn. Beide wurden zu Randgruppen des politischen Systems. Shintō Sakigake schrumpfte auf zwei Sitze und löste sich bald auf.

Shinshintō konnte sich seines relativen Wahlerfolges jedoch nicht lange erfreuen. Ozawas unverträgliches Wesen und seine taktischen Finten sorgten für einen zweiten Urknall, bei welchem sich die junge Partei schon im Januar 1998 in acht Splitterparteien aufspaltete.<sup>4</sup> Die Namen der Parteien gewannen dabei an zunehmender Absurdität: »Stimme des Volkes« (Michihiko Kano), »From Five« (Hosokawa), »Partei Neue Brüderlichkeit« (ehemalige Sozialdemokraten), »Neue Friedenspartei«, »Sonnenpartei« (Hata) etc.. Ozawa selbst gründete mit 22 Getreuen die Liberale Partei (*Jiyūtō*). Die meisten neuen Splitterparteien amalgamierten während 1999 mit der damals von Naoto Kan geführten Demokratischen Partei, die durch jene Übertritte bald 127 Abgeordnete umfasste und zum Gegenpol der LDP aufstieg. Im September 2003 schlossen sich schließlich auch Ozawa und seine Liberale Partei den Demokraten an, ein Zustrom, der das innerparteiliche Gleichgewicht erneut stark berühren sollte. Bestanden bei ihrer Gründung die Demokraten mehrheitlich aus ehemaligen (Rechts-)Sozialisten (*Shakaitō*) und Sozialdemokraten (*Minshatō*), so verhielt sich nach ihrer »Neugründung« 1998/9 mit dem Zustrom vieler Splitterparteien der ex-LDP das Verhältnis von »linken« und »rechten« Parteipolitikern

4. Der erste erfolgte 1993 beim Zerfall der Kanemaru/Takeshita-Fraktion, der dritte scheint sich im Frühsommer 2010 mit dem weiteren Zerfall von Teilen der LDP anzukündigen.

etwa 50:50. Ozawas Liberale Partei hatte sich bis dato stets rechts von der LDP positioniert. Ihre Fusion mit der Mitte-Links Partei der Demokraten verbreitete im Jahr 2003 ihr ideologisches Spektrum noch einmal beträchtlich (HEINRICH 2007: 128–129), und damit das Potential an innerparteilichen Disputen. Als Kopfgeburt von Strategen in Nagatachō blieb die Partei zunächst schwach an Mitgliedern und Organisation (KÖLLNER 2006: 70). Um jener Schwäche abzuhelfen, wurde kurzzeitig auch mit einem innerparteilichen Wahlsystem experimentiert, mit dem jeder Japaner gegen Zahlung einer symbolischen Gebühr sich an Urwahlen von Kandidaten beteiligen konnte. Von jener bürgerbewegungsinspirierten Praxis kam die DPJ jedoch bald ab, und führte die bewährte LDP-Regel ein, dass jeder amtierende Parlamentarier automatisch zugleich den Parteivorsitz seines Wahlkreisbezirks übernimmt. Der häufig wechselnde Parteivorsitz wurde schließlich auch wie zuletzt im Frühjahr 2009 und im Juni 2010 von den Parlamentsabgeordneten bestimmt.

Bei den Unterhauswahlen von 2003 erzielte die DPJ respektable 177 Mandate, die freilich nach Koizumis Erdrutschsieg von 2005 auf 113 schrumpften. Trotz dieser Niederlage gelang diesmal der Zusammenhalt der Partei, die nach wie vor unübersehbar aus sechs Fraktionen besteht, welche die politische Herkunft der Abgeordneten reflektieren: die eher konservativen Gruppen scharen sich jeweils um Hatoyama, Ozawa und ehemalige Sakigake-Leute. Mitte-Links Fraktionen werden von Naoto Kan und von Takahashi Yonezawa (für die ehemalige *Minshatō*) geführt. Der frühere rechte Flügel der Shakaitō ist unter dem Unterhausprecher Takahiro Yokomichi, der 1983–95 Gouverneur von Hokkaidō war, heute der linke, pazifistische Flügel der Demokraten. Die wie in der LDP »Freundeskreise« und »Studiengruppen« genannten Fraktionen der DPJ verhalten sich im Prinzip kaum minder streitsüchtig als jene der LDP während ihrer »Glanzzeiten« personalisierter Fraktionskriege der 1970er und 1980er Jahre. Dazu sind die Debatten in der DPJ durch wesentlich stärkere ideologische und sachpolitische Differenzen gekennzeichnet. Sie werden angesichts der relativen Unerfahrenheit der meisten Akteure auch stärker im Rampenlicht der Öffentlichkeit ausgetragen, als es die diskretere LDP im letzten Jahrzehnt<sup>5</sup> in ihren Hinterzimmern tat. Die von der LDP erprobten Kompromisstechniken des Ausgleichs interfraktioneller Konflikte wurden in den Proporzmodellen in der Besetzung der Ministerposten ab 2009 sichtbar.

Als Koalition von Fraktionen hat die DPJ in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz sieben Vorsitzende verschlissen, die über große und kleinere Skandale stol-

5. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die LDP-Faktionen nach der Wahlrechtsreform von 1994 und den Reformen der Parteifinanzierungen so sehr an Macht verloren hatten, daß sie Koizumi (ex-Abe/Fukuda-Fraktion) in seiner Zeit als Premierminister (2001–2006) ungestraft öffentlich schmähen und ihre Wünsche weitgehend ignorieren konnte.

perten. So wurde Ichirō Ozawa im Mai 2009 zum Rücktritt gezwungen, nachdem sein später verhafteter Finanzsekretär der Baufirma Nishimatsu illegale Spenden für Aufträge in Ozawas Wahlkreis in der nordjapanischen Präfektur Iwate abnötigte, zumal sein Wort in der Bauindustrie von Tōhoku als die »Stimme Gottes« galt (AS 17.03.2009, MD 18.3.2009). Sein Nachfolger Yukio Hatoyama warf wegen gebrochener Wahlversprechen und verheerender Umfragedaten vor den Unterhauswahlen im Juni 2010 das Handtuch. Nach diesen Umbesetzungen wurde versucht, durch Proporzbesetzungen den gefährdeten Faktionsfrieden wieder herzustellen. Nicht anders funktionierte die LDP.

Programmatisch propagierte die DPJ ein Allerweltsprogramm, das im Sommerwahlkampf von 2009 die Obama-Kampagne vom Vorjahr mit der Verheißung des inhaltsfreien Wechsels imitiert. Etwas konkreter waren Forderungen nach regionalpolitischer Dezentralisierung, mautfreien Autobahnen, weniger Arbeitslosen und Einkommensgarantien für Bauern. In Summe suchte Ozawa die während Koizumis Reformpolitik sträflich vernachlässigte klassische Klientelpolitik der LDP zu übertreffen. Eine solche Klientelpolitik in Japan beinhaltet die Inkaufnahme von hohen Kosten für die Gesamtgesellschaft aufgrund des populistischen Protektionismus die Bedienung auch völlig unvereinbarer partikularistischer Interessen (KLEIN 2006: 163). Der Wahlerfolg von 2009 gab dem machiavellistischen Kalkül von Ozawa recht. Außenpolitisch lehnte die Partei zwar die Entsendung von Kampfgruppen in den Irak ab, bekannte sich jedoch im Prinzip zu internationalen Friedensmissionen der japanischen Militärstreitkräfte. Allerdings führte Ozawas Obstruktionstaktik, der die ab 2005 bestehende Oberhausmehrheit der DPJ systematisch für Blockadezwecke einsetzte, dann mit dem Regierungsantritt der DPJ zum endgültigen Ende der logistischen Hilfestellung der japanischen Marine für den Afghanistaneinsatz der NATO im Indischen Ozean.

Vor der Wahl von 2009 galt ein Spitzengremium von fünf Faktionschefs als das wichtigste Führungsgremium der DPJ. Es setzte sich damals aus Präsident Hatoyama, Generalsekretär (und späterem Außenminister) Katsuya Okuda, den Vizepräsidenten Ozawa und Naoto Kan, sowie dem Faktionsversitzenden im Oberhaus Azuma Koshi'ishi (japanische Lehrgewerkschaft) zusammen. Nach der Wahl wurde jene – ein schon aus LDP-Zeiten bekannter Modus – hauptsächlich informell agierende und entscheidende Gruppe aus dem Parteipräsidenten Hatoyama, Generalsekretär Ozawa, dem Vorsitzenden des DPJ-Politikforschungsrates (auch dies eine Anleihe bei der LDP), dem Vorsitzenden des Ausschusses für laufende Unterhausangelegenheiten und dem Fraktionschef des Oberhauses gebildet.

#### 4.2 Der Machtwechsel von 2009

Fünfundzwanzig Jahre lang haben die Japaner der konservativen LDP die Treue gehalten. Zuletzt hatten sie 2005 dem charismatischen Jun'ichirō Koizumi einen Erdrutschsieg beschert. Am 30. August 2009 ging der Erdrutsch in die andere Richtung: Eine Zweidrittelmehrheit der Sitze für die oppositionelle DPJ. Die Wähler haben aber nicht, wie die bald einsetzende Ernüchterung und die Niederlage der DPJ bei den Oberhauswahlen vom 2. Juli 2010 zeigte, aus Überzeugung für die Demokraten gestimmt, sondern weil sie von der LDP genug hatten, die in drei Jahren (2006–2009) drei Premierminister verschliss, sich ständig neue Korruptionsaffären leistete und, ohne die demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, die Staatsschuld auf 200% des BIP hochgetrieben hatte. So wurden selbst altgediente mächtige LDP-Parlamentarier, darunter Ex-Premierminister Toshiki Kaifu, die sich in ihren Hochburgen durch jahrzehntelange teure Wahlkreispflege sicher geglaubt hatten, von politisch unerfahrenen Jünglingen und jungen Frauen besiegt. Hatoyamas DPJ errang bei den Wahlen zum Unterhaus mit 43% (plus 6%) der Listenstimmen eine bis 2014 sichere Unterhausmehrheit mit 308 von 480 Sitzen. Die seit der Nachkriegszeit quasi dauerregierenden Liberaldemokraten (LDP) verloren mit nur noch 24% (minus 20%) der Listenstimmen und 39% der Wahlkreisstimmen mit 119 Sitzen fast zwei Drittel ihrer Mandate. Direktmandate erhielt die LDP fast nur noch in den treuesten der einst sicheren Stammwählerhochburgen im Süden Kyūshū, auf Shikoku und entlang der westlichen Küste des Japanischen Meeres.

Zur politischen Kulturrevolution der Wahlen von 2009 zählt auch, dass das Phänomen der Erbabgeordneten erstmals effektiv kritisch thematisiert und von den Wählern konterkariert wurde. Mehr als die Hälfte der 174 Erbkandidaten fiel durch.<sup>6</sup> Mit nur noch 75 Erbmandatären sank ihr Anteil von 24,6% (2005) im Unterhaus auf noch 15,3%. Allerdings gelang es Shinjirō Koizumi im Alter von 28 Jahren den Wahlkreis seines Vaters Jun'ichirō Koizumi in der Präfektur Kanagawa erfolgreich zu gewinnen bzw. zu verteidigen. Von den 83 sogenannten »Kindern Koizumis«, welche als medial attraktive politische Novizen im Jahre 2005 dem damaligen Premierminister Jun'ichirō Koizumi ihren ersten Wahlsieg verdankten, gelang hingegen nur noch zehn die Wiederwahl. Der Wahlkreisverlust hatte für die als Familienbetriebe organisierten politischen Dynastien der LDP potentiell fatale Folgen. Gingen doch durch ihren Einflussverlust die für den Erhalt der Wahlkreisorganisationen (*kōenkai*) nötigen Finanzen, wie die seitherige Möglichkeit, für die

6. Unter den LDP Kandidaten lag ihr Anteil bei 35% (PARRY 2009).

Unterstützer politische Dienstleistungen zu erbringen, massiv zurück. Dies gilt in geringerem Maße durch die ungewohnte Oppositionsrolle bedingt natürlich auch für die Minderheit der glücklichen Mandatsgewinner in der LDP.

Der Frauenanteil im Unterhaus stieg dank des DPJ-Kontingentes von vierzig Parlamentarierinnen auf 11,2% (54 von 480). Der Altersdurchschnitt sank auf 52 Jahre. Die Parlamentszusammensetzung wurde auch hinsichtlich ihres Berufs- und Bildungshintergrunds wesentlich repräsentativer. Aber nicht alles war im Herbst 2009 revolutionär. Das Wahlduell zwischen Tarō Asō und Yukio Hatoyama war nicht zuletzt auch ein dynastisches. Asōs Großvater mütterlicherseits war kein anderer als Shigeru Yoshida, der japanische Adenauer. Als Ichirō Hatoyama die Wahlen von 1946 gewann und Premierminister werden sollte, säuberten ihn die US-Besatzer wie 200.000 andere Japaner wegen seiner Rolle während der Kriegsjahre, hauptsächlich aber weil er in der Vorkriegszeit Unterrichtsminister gewesen war. Der Karrierediplomat Yoshida wurde an seiner Stelle Premierminister, versprach aber angeblich, nach Abschluss eines Friedensvertrags wieder Hatoyama Platz zu machen. Als der Friedensvertrag 1951 in San Francisco unterschrieben worden war, wollte sich Yoshida an nichts erinnern (DOWER 1988: 491). Ichirō Hatoyama benötigte drei Jahre harter innerparteilicher Kämpfe, um Yoshida abzulösen und von 1954 bis zu seinem Tod 1956 Premier zu werden. Im Duell der Enkel gewannen die Hatoyamas ein halbes Jahrhundert später erneut.

### 4.3 Die Rollen von Rengō und Nōkyō

Nicht erst bei den Wahlen vom August 2009 war die Unterstützung der DPJ durch Rengō entscheidend. Wie einst für die mitgliederarmen Minshatō (DSP) und Shakaitō (SPJ), so war die Mobilisierung ihrer 6,75 Millionen Mitglieder, Funktionäre und Finanzen unverzichtbar für die auf örtlicher und regionaler Ebene noch immer schwachbrüstige DPJ als einer Tōkyōter Kopfgeburt. An Selbstbewusstsein zur Ausübung des unverhofft errungenen Einflusses gebricht es der eigentlich schon lange als langfristig moribund abbeschriebenen Gewerkschaftsföderation sicher nicht. »Looking forward to its stable control of the government« verkündete ein syndikalistisches Programm (RENGŌ 2010a). Rengō Präsident Nobuaki Koga verlangte bei den regelmäßigen Konsultationen mit der DPJ-Führung von Hatoyama »drastische« Umarbeitungen des Wahlmanifestes für die Oberhauswahlen (AS 06.04.2010). Es geht Rengō dabei um den verstärkten Ausbau des sozialen Sicherungssystems und die Eindämmung von Teilzeitarbeit (die gewerkschaftlich

unorganisiert ist), sowie um die Erfüllung des versprochenen erhöhten Kindergeldes und der Schulgeldfreiheit für die Oberschulen (RENGÖ 2010b).

Politisch ist Rengōs Unterstützung selektiv. Es unterscheidet sauber zwischen jenen Kandidaten, die Rengō-Ziele explizit unterstützen und von ihr mit gezielten Wahlkampfeinsätzen »adoptiert« werden,<sup>7</sup> und den restlichen DPJ-Kandidaten, die nur allgemein im Rahmen ihrer Begünstigung der DPJ empfohlen werden. Zur Konsolidierung seines Einflusses sucht Rengō ein »politisches Forum« als ein politikberatendes Netzwerk (»Offenes Haus«) und einen Caucus der Rengō-affilierten DPJ-Abgeordneten zu schaffen. Dieser Faktionierungsversuch ist zweifellos als Gegengewicht zu Ozawa gedacht, der sich um die materielle Abwerbung der klassischen LDP-Klientel bemüht, deren finanzielle Bedürfnisse mit Rengōs ebenso kostspieligen sozialpolitischen Wünschen im Konflikt stehen.

Zur Ausweitung ihres lokal- und regionalpolitischen Einflusses werden örtliche Rengō-Föderationen und ihre Gewerkschaften aufgefordert, sich im Rahmen der DPJ um lokale Mandate zu bewerben und vor Ort politisch aktiv zu werden. Gleichzeitig sollen die Macht und die Initiativrechte der Parlamente der Gebietskörperschaften durch dezentralisierende Reformen in Tōkyō ausgeweitet werden.

Auf die Finanzkrisen der zentralstaatlichen wie der regionalen öffentlichen Hand gehen die Rengō-Papiere bezeichnenderweise so gut wie nicht ein. Gelegentlich überschießen Rengōs politische Ambitionen auch ihr legitimes Ziel. So wurden im März 2010 drei Funktionäre der Hokkaidōer Lehrgewerkschaft Hokkyōso verhaftet, weil sie mit Yen 16 Millionen den Wahlkampf der DPJ Unterhausabgeordneten Chiyomi Kobayashi, der Funktionärin einer Nahrungsmittelindustriegewerkschaft, illegal gefördert hatten. Hokkyōso, die 19.000 Grund- und Mittelschullehrer organisiert, gilt als das organisatorische Rückgrat der DPJ in Hokkaidō. Mit Koshi'ishi Azuma stellt sie den geschäftsführenden Generalsekretär der DPJ. Der politischen Linken geht jener syndikalistische Aktionismus zu weit. Gewerkschaftsmitglieder zu Parteispenden und Wahlkampf zu nötigen, verletze ihre demokratischen Grundrechte, verkündeten die Kommunisten (AKAHATA 12.03.2010), die dereinst als Leninisten nichts dabei fanden, Gewerkschaften als Transmissionsriemen ihrer Partei anzusehen und einzusetzen.

Ozawas Strategie war derweil die Gewinnung der alten LDP-Klientel, etwa der Ärzte in Gestalt der JMA (Japan Medical Association) – deren neuer Präsident Katsuyuki Haranaka als DPJ-nahe gilt – und der Bauern. Angesichts der engen Beziehungen zwischen LDP und Bauerngenossenschaften (Nōkyō) versuchte er zunächst mit dem Versprechen direkter Einkommenszahlungen an die Landwirte

7. Die 35 Rengō-Abgeordneten der DPJ wurden 2006–2008 mit \$ 12 Millionen aus Gewerkschaftsmitteln unterstützt (AS 09.03.2010).

(die nicht wie die Produktionsbeihilfen vom Genossenschaftsapparat verteilt werden (ROTHACHER 1989: 45–52), die Bauernstimmen unter Umgehung der Nōkyō-Funktionäre direkt anzuwerben. Bei der Unterhauswahl von 2009 gelang es sogar schon in elf Präfekturen einzelne Nōkyōs zu bewegen, DPJ-Kandidaten zu unterstützen und andernorts Nōkyō-Empfehlungen zugunsten der LDP wenigstens zu neutralisieren (MULGAN 2010).

#### 4.4 Die Politik der DPJ-Regierungen

Die neue DPJ-Regierung musste nunmehr mit der mächtigen Ministerialverwaltung zusammenarbeiten, welche die DPJ im Wahlkampf nur beschimpft hatte und deren Einfluss Hatoyama als Hauptziel des Regierungsparteiwechsels beschneiden wollte. Schon in den ersten Wochen zeigte es sich, dass die neuen Minister brav die Sprechzettel vorzulesen begannen, die ihnen ihre fleißigen Beamten vorbereitet hatten. Diese Sprechzettel reflektierten natürlich wenig überraschend auch die institutionellen und jurisdiktionellen Interessen der Ministerien. Auch meinte Finanzminister Fuji'i bald öffentlich, der Jahreshaushalt sei weiter vom MOF zu erstellen, das Nationale Strategieamt solle sich lieber um langfristige Themen kümmern (WELTER 2009).

Für das Wahlmanifest von 2009 hatte sich die DPJ-Führung auf wenig anderes als auf unbezahlbare Ausgabenprogramme geeinigt. Das Kindergeld sollte bis zur Mittelschule auf € 200 (26.000 Yen) pro Kind verdoppelt werden, großzügige Direktzahlungen an Landwirte und Fischer eingeführt, die Autobahnmauten und Schulgelder für die Oberschule abgeschafft, die Mineralölsteuern reduziert und eine Mindestrente von € 520 eingeführt werden. Gleichzeitig schloss Hatoyama Steuererhöhungen aus. Auch versprach er, trotz lautstarker Proteste von Nippon Keidanren, der das bisherige offizielle Ziel von minus 8% (das 2009 von Asō auf minus 15% erhöht wurde) für ausreichend hielt, Japans CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 25% zu reduzieren. Weiter sollte die Teilzeitarbeit in der Industrie verboten, und der Mindestlohn auf 1.000 Yen pro Stunde erhöht werden.

Zunächst sonnten sich die Demokraten in der positiven Presse, die ihren Wahlkampf und Wahlsieg, der im Stil ganz Obama (*»Change«, »We can«*) abgeschaut worden war, begünstigt hatte. Die neue Regierung konnte im Herbst 2009 trotz der anhaltenden Krise noch ihre politischen Flitterwochen genießen. Das Publikum und die Medien erfreuten sich an den neuen unverbrauchten Gesichtern und erwarteten die Umsetzung der unerfüllbaren Wahlkampfversprechen, die es praktisch jedermann richten sollten.

Auch wenn gegenüber der früheren Koalition unter Hosokawa von 1993/4 diesmal die DPJ als dominierende Partei mit zwei Minipartnern formal im Vorteil war, herrschte an neuen Widersprüchen dennoch kein Mangel. So sollte mehr für den Klimaschutz getan werden. Gleichzeitig aber sollte die teure Autobahnmaut abgeschafft werden, die bislang die japanische Bevölkerung von den überfüllten Schnellstraßen in die teuren (aber pünktlichen und sauberen) Züge nötigte. Im erwartbaren Dauerstau würden die Abgase kaum geringer. Auch fallen die entsprechenden Staatseinnahmen aus.

Finanzminister Hirohisa Fuji'i (der 1993 in selbiger Position unter Hosokawa diente) wollte einen starken Yen, um die Kaufkraft der Japaner zu stärken. Bei einem Kurs von 90 Yen zum US-Dollar (Oktober 2009) drohte der zarten Exportbelegung das Lebenslicht ausgelöscht zu werden. Das freute die Wettbewerber und bedrohte die Interessen der japanischen Exportwirtschaft.

Für ihr Versprechen, überflüssige Bauprojekte der LDP-Konjunkturprogramme zu streichen, gab es allenthalben Beifallsstürme für die Demokraten. Von den umgerechnet etwa € 111 Milliarden der Sonderhaushalte Tarō Asōs waren nach dem Kassensturz vom September 2009 rund € 61 Milliarden noch nicht ausgegeben. Mitunter war es leicht, den vierspurigen Ausbau einer kaum benutzten Provinzautobahn zu stoppen. Doch häufig waren die Vorarbeiten wie bei dem seit 1965 geplanten riesigen Yamba-Damm in der Präfektur Gunma soweit fortgeschritten und die Bevölkerung in Erwartung der Talsperre bereits umgesiedelt, so dass der vorgesehene Baustopp einer regionalen Katastrophe gleichkam (DICKIE 2009). In vielen abgelegenen Regionen ist die Baubranche der wichtigste Arbeitgeber. Ohne öffentliche Aufträge gäbe es dort nur Arbeitslosigkeit und verstärkte Abwanderung in die überfüllten Zentren.

Nach ihrem Wahlsieg trimmte die Regierung unter Premierminister Hatoyama die Programme ihrer Vorgänger, in dem sie die zuständigen Beamten öffentlichen Anhörungen unterwarf, wo sie ihre Ausgaben vor feindseligen Experten zu rechtfertigen hatten. Zum allgemeinen Gaudium wurden tatsächlich absurde Bauprogramme wie jene unnützen Autobahnverbreiterungen entdeckt und verworfen (NEIDHART 2009). Die Wahlprogramme der DPJ hatten durch die Streichung überflüssiger Bauprogramme der Vorgängerregierung finanziert werden sollen. Das war leichter gesagt als getan, hängen doch sieben Millionen Arbeitsplätze (10% der Gesamtbeschäftigung) vor allem in der entindustrialisierten Provinz mittlerweile von öffentlichen Bauaufträgen ab (FELDHOFF 2002: 34). Es blieb deshalb realer zumeist bei der Symbolpolitik

Mit den eingesparten Mitteln sollten die versprochenen höheren Kindergelder, Mindestrenten und die Abschaffung der Oberschulgebühren finanziert werden.

Wie mit gestrichenen einmaligen Ausgaben ohne Steuererhöhungen Dauerausgaben finanziert werden sollten, erklärte aus der neuen Regierung allerdings niemand. Die Staatsverschuldung schränkt ohnehin den Ausgabenspielraum dramatisch ein. In den im Krisenjahrzehnt von 1992–2002 stark flexibilisierten Arbeitsmärkten Japans haben, wie erwähnt, inzwischen ein Drittel der Beschäftigten nur Teilzeitstellen. Junge Leute, die von jenem Prekariat betroffen sind, finden als Männer keine Ehepartner und können damit keine Familie gründen. Deshalb versprach die DPJ, Teilzeittätigkeiten gesetzlich einzuschränken. Die Absicht war löblich. Doch kann so bei 5,4% offizieller Arbeitslosigkeit (Januar 2010) der Arbeitsplatzabbau kaum aufgehalten werden.

Auch auf anderen Gebieten war die neue Regierung keineswegs reformfreudig. So wurde der Hauptgegner der Postprivatisierung, Shizuka Kamei, zum neuen Post- und Finanzdienstleistungsminister ernannt. Die Postprivatisierungsgesetze der Koizumi-Ära wurden kurzerhand kassiert und die reich gefüllten Kassen der Postbank und -versicherung mit Billigung Hatoyamas wieder zum politischen Finanzierungsinstrument zurückgebaut (WIESER 2010).

#### 4.5 Die Schuldenpolitik Japans

Nicht nur in Deutschland werden Wahlversprechen gebrochen. In Japan hatte die DPJ unter Hatoyama ihren Erdrutschsieg mit dem Versprechen eingefahren, die schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme der liberaldemokratischen Vorgängerregierung zu beenden. Dennoch wurde im Januar 2010 zusätzlich zu dem regulären Haushalt für 2010/11 von € 765 Milliarden, bei dem die Neuschulden von € 370 Milliarden erstmals die Steuereinnahmen von € 310 Milliarden übersteigen, gleich ein weiteres Konjunkturpaket von € 60 Milliarden beschlossen, das 1,5% des BIP entspricht. Mit den reduzierten Steuereinnahmen im Fiskaljahr 2009/10, in dem die Wirtschaftsleistung um 5% fiel, erhöht sich Japans Schuldenberg damit auf 210% des BIP. Unter Merkels und Schäubles Haushaltsführung kam Deutschland 2009 zum Vergleich »nur« auf 73% des BIP. Mit Neuschulden, welche die Steuereinnahmen übertreffen, ist Japans Regierung nur deshalb nicht pleite, weil es nicht im Ausland verschuldet ist, sondern gegenüber den eigenen Bürgern, Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die weiter brav die vermeintlich sicheren Schuldverschreibungen des Staates kaufen. Mit 2% Zinsen werfen die staatlichen Schatzbriefe mehr ab als Sparkonten, die höchstens 0,5% bringen. Die weiter staatliche Postbank,

aus deren Guthaben der FILP-Nebenhaushalt<sup>8</sup> finanziert wird, und die nur formal unabhängige Zentralbank haben ohnehin keine andere Wahl. Dennoch werden als Folge die Zinsen steigen. Da die Japaner anfangen, angesichts ihrer wachsenden Überalterung zu entsparen – muss der Staat mittelfristig auf den internationalen Finanzmärkten teures Geld aufnehmen und könnte dann bald ins Trudeln kommen. Da der Schuldendienst mittlerweile fast 30% der Haushalte von Staat, Präfekturen und Gemeinden ausmacht, gibt es für produktive Investitionen keinen Spielraum mehr. In dem überalterten Land mit schrumpfender Bevölkerung ist dies eine aberwitzige Politik gegenüber den kommenden Generationen mit ihren ungesicherten Renten.

Tatsächlich lag Hatoyamas neues Konjunkturprogramm voll in der Logik seines glücklosen Vorgängers Tarō Asō. Es sah Zinssubventionen für den privaten Hausbau und Wärmedämmungen ebenso vor wie Prämien für den Kauf umweltfreundlicher Elektrogeräte und japanischer Autos. Kreditgarantien gab es für Kleinbetriebe und Zuschüsse für neue Arbeitsplätze. Die Umsetzung der im Wahlkampf versprochenen Kindergelder bis 16, die Oberschulgeldfreiheit, der Straßenmauterlass, das Grundgehalt für Bauern und die erhöhten Renten kam nach anhaltenden Konflikten innerhalb der Regierung nur sehr zögerlich und unvollständig voran.

## 5. Schlussfolgerungen

Der Machtwechsel im Spätsommer 2009 mag zu den historischen Zufälligkeiten eines Sommers des Missvergnügens geschuldet sein, der prima vista mehr in dem Politik- und Kommunikationsversagen der alten LDP-Elite begründet war als mit den Meriten und der Attraktion der Alternative, der neuen DPJ-Garde. Die neue politische Elite hat sich über die alten LDP-Kader, oft Erbabgeordneten aus politdynastischen Familienbetrieben und politisierenden Ministerialbürokraten hinaus unübersehbar um Gewerkschaftler aus dem Rengō-Lager, Aktivisten aus der Zivilgesellschaftsorganisationen, Journalisten und politisch aktivierte Durchschnittsbürgern erweitert. Wie den meisten Seiteneinsteigern der letzten zwei Jahrzehnte dürfte den meisten, nachdem der mediale Jubel verhallt ist, keine lange politische Karriere vergönnt sein. Dennoch wird der Wechsel nachhaltig sein, auch wenn die manifesten Zentrifugaltendenzen in der heterogen zusammengewürfelten DPJ eines Tages die Oberhand gewinnen und zu einem Machtverlust führen sollten.

8. Das Fiscal Investment and Loan Program (FILP), das im Wesentlichen aus Ersparnissen der Postsparkasse und -versicherungen alimentiert wird, macht als staatlicher Zweithaushalt außerhalb parlamentarischer Kontrolle alljährlich etwa 10% des BIP aus.

Die Ursachen liegen in der säkularen Pluralisierung des bisherigen »Eisernen Dreiecks«, deren zunehmend korrodierte Kohärenz den bisherigen Machterhalt seit 1948 (bzw. 1955) implodieren ließ. Alle drei bisherigen Machtsäulen sind betroffen. So hat die Wirtschaftskrise von 1992–2002, die Schlüsselunternehmen wie die Großbanken, die Bauindustrie und die *sōgō shōsha* besonders hart traf, nur zwei operative horizontale Keiretsu überleben lassen. Da ist zum anderen die globalisierende Reorientierung der japanischen Großindustrie und Finanzwirtschaft, die den japanischen Markt und die den engen neomerkantilistischen Konsens der Japan AG der Nachkriegszeit transzendiert und die im Widerspruch zu den protektionistischen und keynesianistischen Interessen der Binnenmarktindustrien steht. Mit der verminderten Einflussmacht der Keiretsu erodierte auch die Macht des *zaikai* zugunsten einzelindustrieller Interessen. Mit dem Antritt der DPJ-Regierung wurde Nippon Keidanren als einst unumgänglicher Machtfaktor deutlich relativiert und von Rengō als wirtschafts- und sozialpolitischer Ideengeber und politischer Bündnispartner der Regierung abgelöst.

Die Rolle der Ministerialbürokratie ist nach Jahrzehnten exzessiver Zentralisierung ihrer Macht, ihrer großen Ermessensspielräume, Überregulierungen und privilegierten Zweitkarrieren als *amakudari* nach dem Schwinden ihres Ansehens für die Industriepolitik, die für das japanische Nachkriegswunderwachstum (1950–74) als ursächlich angesehen wurde, im Zuge etlicher Korruptionsaffären, ihrer wachsenden Weisungsabhängigkeit von LDP-Politikspezialisten und ihrer Sündenbockfunktion für die Seifenblasenwirtschaft von 1985–1992 und die Verschuldungsorgie des verlorenen Stagnationsjahrzehnts von 1992–2002 nur noch ein Schatten ihres stolzen früheren Selbst. Dazu ist die frühere Abhängigkeit der Wirtschaft von staatlicher Regulierung, Planung und Förderung weitgehend geschwunden. Wohlfeile Medien- und Politikerschelten, entprivilegierende und dezentralisierende Dauerreformen, der Verlust ihres Allwissenheits- und Allzuständigkeitsnimbus, sowie die zunehmende Steuerungsunfähigkeit der japanischen Staatsfinanzen erzwangen ihren Tribut. Obwohl die DPJ-Regierung weiter von der Zusammenarbeit mit den Ministerien abhängt, wird von ihr fortgesetzt versucht, politische Initiativen gegen die Interessen und oft genug die Expertise der Beamten durchzusetzen, deren statutarische Rechte zunehmend beschnitten werden sollen. Die Ministerialbürokratie bleibt jedoch weiter im politischen Spiel. Die Rekrutierungen aus den üblichen Kadenschmieden wie der juristischen Fakultät der Universität Tōkyō und meritokratische Karrieremuster bleiben trotz diverser Reformen noch intakt. Doch wirkt die Einflussmacht der Apparate bei kraftvoll auftretenden Ministern durchaus eingeschränkt.

Schließlich ist da der Machtverlust der LDP selbst. Er setzte 1993 mit dem großen Schisma der Tanaka/Takeshita-Fraktion durch Ichirō Ozawa ein. Mit der Wahl- und den Spendenrechtsreformen wurde die Partei ab 1994 gründlich umstrukturiert, als den Fraktionen und ihren Bossen als den einstigen, nahezu allmächtigen Chefs der innerparteilichen Machtkoalitionen in der Folge die Finanz- und Protektionskraft weitgehend genommen wurde. Die Abgeordneten mussten nunmehr für den Unterhalt ihrer Wahlkreisorganisation (*kōenkai*) durch die intensive Pflege sektorieller politischer Expertisen und entsprechender Sponsoren weitgehend selbst Sorge tragen. Mit dem Verlust der Macht können sie seit 2009 jene gewohnten Dienstleistungen nicht mehr erbringen, sind für die üblichen Sponsoren damit – zumindest vorübergehend – uninteressant geworden. Sie können den Unterhalt ihrer machtdienstleistungsorientierten *kōenkai* damit kaum noch leisten. Dazu fallen sie auch für jenen Teil ihrer Wähler und bisherigen Anhänger aus, die von ihnen klientelistische Hilfestellungen aus Tōkyō erwarteten. Das gilt natürlich besonders akut für jene 180 ehemaligen LDP-Abgeordneten, die im Spätsommer 2009 ihre Mandate und damit die wirtschaftliche Basis ihrer – meist ererbten – Politikfamilienbetriebe verloren haben. Ein solcher auf öffentliche Dienstleistungen hochspezialisierter Kleinbetrieb kann einen faktischen Liefer- und Einkommensausfall von einem halben Jahrzehnt nur in den seltensten Fällen überstehen. Das Zeitalter der politischen Dynastien und der Phänomene der Erbabweisenden dürfte damit seinen Zenit überschritten haben.

Schon vorher hatten Koizumis Reformen und Ozawas neue Interessenpolitik der DPJ den alten klientelistischen Nexus zwischen der LDP und ihren klassischen Unterstützermilieus, Bauern, Händlern, Postmeistern, Bauindustrie und Ärzte, stark eingeschränkt. Demgegenüber wirkt das unbefragte Bündnis zwischen Rengō und der DPJ und die Abhängigkeit der Partei von der Mobilisierungskraft der Gewerkschaftskader viel eher wie die Politik sehr traditionellen Stils.

Im Lichte unserer theoretischen Fragestellung lässt sich eine Elitentransformation im Sinne Giddens von einer kohäsiven Machtelite zu einer demokratisch legitimierten heterogenen Elite weitgehend bestätigen. Während die Erosion der Einflussmacht von *zaikai* und der Ministerialbürokratie seit 1992 graduell erfolgte (und keinesfalls beendet ist), erfolgte der Machtverlust der LDP und ihr – mutmaßlich nur zeitweiliger – weitgehender Ausschluss aus der Machtelite 2009 naturgemäß sehr jäh.

Die neuen, noch recht diffusen Machtzentren, die in informellen Absprachen der wichtigsten DPJ-Fraktionschefs kumulieren, befinden sich in der parlamentarischen Partei der DPJ, im Amt des Premierministers, im Beraterstab von Ichirō Ozawa und in der Zentrale von Rengō und etlicher engagierter Einzelgewerk-

schaften. Eine größere Konflikthäufigkeit und geringere Integrations- und Funktionsleistungen sind, wie von Giddens erwartet, unübersehbar. Auch ist die größere Heterogenität der Biographien, Bildungsgänge, Lebensstile, Laufbahnen und sozialen Herkunft im Vergleich zur früheren Machtelite offenkundig (zur Homogenität der früheren Machtelite vgl. ROTHACHER 1993). Sie ist in ihrer Rekrutierung damit deutlich offener und repräsentativer für die japanische Mittelschicht geworden. Jedoch kann von der von Giddens postulierten Kontrolle von unten in der Japan stark ausgeprägten Hierarchisierung und Oligarchisierung selbst relativ junger Organisationen wie der DPJ und Rengō keine Rede mehr sein, obwohl die erhöhte mediale Transparenz der vielen Konflikte und ihrer Akteure eine gewisse öffentliche Kontrolle darstellen vermag. Die DPJ hat sehr schnell wenig demokratische Usancen der LDP (und anderer nicht-kommunistischer Oppositionsparteien) übernommen. Dazu zählen die Dominanz informeller Absprachen kleiner Führungszirkel, die starke Faktionierung der Partei mit einem entsprechenden Proporzsystem, die Abhängigkeit von einem externen Personal-, Geld- und Ideengeber (Rengō), eine intransparente Spendenpraxis (personifiziert von Ichirō Ozawa) und eine entsprechend gemeinwohlwidrige Klientelpolitik.

Entspricht die neue heterogene Machtstruktur den Funktionserfordernissen der neuen postindustriellen japanischen Gesellschaft – ähnlich wie die alte Machtelite vor 1992 dem Korporatismus der Japan AG im Sinne Okumuras und der Technostruktur Galbraiths entsprochen haben mochte? Sie reflektiert jene neue Pluralität zweifellos recht angemessen als gesellschaftliches Abbild, doch bringt sie ebenso wenig wie in Europa die nötigen Lösungen der gesellschaftlichen Strukturprobleme.

Auch bei einer nach ihrem Oberhauswahlsieg vom Juli 2010 in einigen Jahren wieder möglich gewordenen Rückkehr der LDP an die Macht werden sich einige Faktoren unwiderruflich gewandelt haben. In der Partei dürfte die Rolle der Erbadgeordneten durch das Ende vieler politischer Familienbetriebe deutlich eingeschränkt sein und die soziale Rekrutierungsbasis wieder verbreitert werden. Die organisierten Wirtschaftsinteressen werden nicht kohärenter werden. Auch eine kapitalfreundliche Regierung dürfte daher Schwierigkeiten haben, einen kompetenten machtvollen Ansprechpartner in Nippon Keidanren zu finden. Auch wird die LDP nicht die Macht zurückzuerobern suchen, um sie mit der Ministerialbürokratie zu teilen, zumal sie ihren Machtverlust zu einem Gutteil dem bürokratischen Implementierungs- und Kommunikationsversagen zusimt. Die tatsächliche Macht – wie diffus auch immer – wird also sowohl bei künftigen DPJ- wie LDP-Regierungen bis auf weiteres bei der jeweiligen parlamentarischen Partei, ihren langgedienten Abgeordneten und ihren Fraktionsführern zentriert bleiben.

Die Fragmentierung der politischen Machtelite ist sicher auch Ausdruck der Pluralisierung der japanischen Gesellschaft selbst: das Ende ihrer formierten Mittelstandsgesellschaft mit vermehrten Status- und Einkommensunterschieden, pluraleren Lebensentwürfen, neuen ideologischen und ethischen Widersprüchen, verschärften Status- und Interessenkonflikten, der Aufkündigung des Generationenvertrages (Alte, die auf indexierten Renten bestehen und ihre Ersparnisse auflösen; Junge, die sich der Familiengründung und Kinderzeugung entziehen) und das Ende der Japan AG mit ihren arbeitslebenslangen Beschäftigungen, der staatlichen Protektion und Dauersubventionierung wettbewerbsschwacher Industrien und Dienstleistungen, und der vorrangig nationalen Orientierung und Interessen der japanischen Großindustrie und Finanzwelt.

Jene Pluralisierung des politischen Systems entspricht durchaus zeitgenössischen europäischen Mustern mit ihrer Erosion ideologisch begründeter politischer Lager und Volksparteien. Wie in manchen mitteleuropäischen Staaten (Deutschland, Belgien, Tschechien, Österreich) können dabei unter japanischen Bedingungen, dem Zwang zu konsensualen Koalitionen (gerade auch solcher innerhalb von Regierungsparteien wie der DPJ und der alten LDP) beim Fehlen eines echten Machtzentrums – trotz aller jahrzehntelanger Reformbemühen um die Stärkung des Amtes des Premierministers –, leicht jahrelange Blockaden, politische Immobilität und politische Sklerose entstehen. Schon in den letzten drei Jahren der LDP der Ära nach Koizumi (2006–2009) waren solche Tendenzen unübersehbar. Sie ließen die politische Legitimität der Regierungspartei erodieren.

Vor dem Hintergrund der nahezu unlösbaren demographischen und fiskalpolitischen Probleme, die sich weitgehend der politischen Steuerung entzogen haben, kann dies für das nationale Überleben langfristig fatal werden. Eskapistische Introspektion (COULMAS 2010), die Verehrung von Helden der Meiji-Restauration (PONS 2010) und die aktuelle Tokugawa-Nostalgie (PILLING 2009) sind noch die harmlosesten Varianten der Optionen. Folgt man der in der politologischen Komparatistik beliebten Analogie der Systeme Japans und Italiens, könnte man nach dem Zerfall der faktionierten Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten Italiens in den 1990er Jahren, auch in Japan statt zivilgesellschaftlicher, basisdemokratischer Blühträume eher die Ankunft national-autoritärer Kräfte, eine Art Forza Nipponica sozusagen, erwarten, die sich zur energischen Problemlösung anbieten könnte. Ein japanischer Berlusconi ist freilich noch außerhalb des politischen Radars. Doch in Zeiten der politischen Umbrüche ist nichts unmöglich.

## Literatur

- AKAHATA/JAPAN PRESS WEEKLY (03.03.2010), »Keidanren Stops Grading LDP and DPJ Policies«.
- AKAHATA/JAPAN PRESS WEEKLY (12.03.2010), »Unions Should not Support a Specific Political party«.
- AS (ASAHI SHIMBUN)/IHT (17.03.2009), »Investigation into Ozawa Donations Turns to Kajima Corp«.
- AS (ASAHI SHIMBUN)/IHT (06.04.2010), »Rengo Urges DPJ to Revise Manifesto«.
- BLECHINGER, VERENA (1998), *Politische Korruption in Japan*, Hamburg: Institut für Asienkunde.
- BRUNS, GABRIELE (1999), *Die japanische Demokratie*, Frankfurt: Peter Lang.
- CARLSON, MATTHEW (2007), *Money Politics in Japan: New Rules, Old Practices*, Boulder Lynne Rienner Publications.
- COULMAS, FLORIAN (2007), *Die Gesellschaft Japans: Arbeit, Familie und demographische Krise*, München: Verlag C.H.Beck.
- COULMAS, FLORIAN (2010), »Der müde Samurai« in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9. April.
- CURTIS, GERALD (1988), *The Japanese Way of Politics*, New York: Columbia University Press.
- DICKIE, MURE (2009), »Dam Project Thrown in Doubt«, in: *Financial Times*, 8. September.
- DOI, TAKEO und TOSHIHIRO IHORI (2009), *The Public Sector in Japan*, Cheltenham: Edward Elgar.
- DOWER, JOHN W. (1988), *Empire and Aftermath: Yoshida Shigeru and the Japanese Experience 1878–1954*, Cambridge: Harvard University Press.
- FACKLER, MARTIN (2004), »Japan's Soft Underbelly«, in: *Far Eastern Economic Review*, 2. Dezember.
- FAZ (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG) (19.01.2010) »Millionen für Hatoyama«.
- FELDHOF, THOMAS (2002), »Japan's Construction Lobby Activities: Systemic Stability and Sustainable Regional Development« in: *Asien* 84: 34–42.
- FOLJANTY-JOST, GESINE und CARMEN SCHMIDT (2006), »Local Political and Institutional Changes in Japan: An End to Political Alienation?«, in: *Asia Europe Journal*, 4 (3): 381–398.
- FUKUI, HARUHIRO (1970), *Party in Power: The Japanese Liberal Democrats and Policy Making*, Berkeley: University of California Press.
- GALBRAITH, JOHN KENNETH (1972), *The New Industrial State*, Harmondsworth: Penguin.
- GANDOW, ANDREAS (2001), »Japan drängt die Bürokratie nur halbherzig zurück«, in: *Handelsblatt*, 5. Januar.

- GIDDENS, ANTHONY (1974), »Elites in the British Class Structure«, in: STANWORTH, PHILIP und ANTHONY GIDDENS (Hg.), *Elites and Power in the British Society*, London: Cambridge University Press, S. 1–21.
- GOY YAMAMOTO, ANA (2004) »Japanese Youth Consumption«, in: *Asia Europe Journal*, 2 (2): 271–82.
- HARDING, ROBIN (2008), »Snow Country Fears Steep Decline«, in: *Financial Times*, 22. Oktober.
- HARNEY, ALEXANDRA (2000) »Young Japanese Losing Interest in Lifelong Relationship with One Employer« in: *Financial Times*, 8. April.
- HARNEY, ALEXANDRA und PAUL ABRAHAMS (1998), »Death of a Salaryman«, in: *Financial Times*, 12. November.
- HASSINK, WOLTER und ADRIAN VAN RIXTEL (1998), *Monitoring the Monitors: Amakudari and the Ex-Post Monitoring of Private Banks*, CEPR Discussion Paper No. 1785, London: Center for Economic Policy Research (CEPR).
- HATAKEYAMA, NOBORU (2009), »Japan's Export Decline and Prospects of Recovery«, in: *Japan Spotlight* (Japan Economic Forum), Juli.
- HEINRICH, STEFFEN (2007), *Die japanische Wahlrechtsreform von 1994 und der sich wandelnde Parteienwettbewerb*, Berlin: LIT Verlag.
- HOSAKA, TOMOKO (2009), »Japanese Economy Withered in Late 2008«, in: *Washington Post*, 16. Februar.
- IBISON, DAVID (2005), »Toyota Steers into Controversy over Role in Japanese Politics«, in: *Financial Times*, 7. Oktober.
- INOBUCHI, TAKASHI und TOMOAKI IWAI (1987), »Zoku Gi'in« *no Kenkyū: Jimintō Seiken o Gyūjiru Shuyakutachi* [Untersuchung der »Stamm«-Abgeordneten: Die Führungsrolle im Machtgewinn der LDP], Tōkyō: Nihon Keizai Shinbunsha.
- ITO, MASAMI (2009), »DPJ Scores Big Win in Tokyo Assembly«, in: *Japan Times* 13. Juli.
- JAPAN TIMES (15.01.2010), »Population Decline Worsening«.
- JOHNSON, CHALMERS (1982), *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925–1975*, Berkeley: University of California Press.
- KATAYAMA, KENTARO (2006), *Why Does Japan's Savings Ratio Decline so Rapidly?*, PRI Discussion Paper No. 06A-30, Tōkyō: Policy Research Institute (PRI), Ministry of Finance.
- KLEIN, AXEL (2006), *Das politische System Japans*, Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt.
- KÖLLNER, PATRICK (2006), *Die Organisation japanischer Parteien*, Hamburg: Institut für Asienkunde.
- MD (MAINICHI DAILY) (18.03.2009), »Donations Were over Fear of Being Shut Out of Public Contracts, Ex-Nishimatsu Execs Claim«.
- MILLS, C. WRIGHT (2000 [1956]), *The Power Elite*, New York: Oxford University Press.

- MULGAN, AURELIA GEORGE (2005), *Japan's Interventionist State: The Role of the MAFF*, London: RoutledgeCurzon.
- MULGAN, AURELIA GEORGE (12.04.2010), *SSF Forum Archive*, [http://ssj.iss.u-tokyo.ac.jp/archives/2010/04/ssj\\_6114\\_fw\\_re.html](http://ssj.iss.u-tokyo.ac.jp/archives/2010/04/ssj_6114_fw_re.html) (07.05.2010).
- MURAMATSU, MICHIO (1981), *Sengo Nihon no Kanryōsei* [Die Bürokratie Nachkriegsjapans], Tōkyō: Toyo Keizai Shinpōsha.
- NAGATA, KAZUAKI (2008), »Politicians Failing to Engage Youth« in: *Japan Times*, 5. Dezember.
- NAKAMOTO, MICHIO (1997), »Death of the Salaryman« in: *Financial Times*, 17. Mai.
- NAKAMOTO, MICHIO (2006), »Japan Considers Moves to Reign in Debts of Local Governments«, in: *Financial Times*, 22. August.
- NAKAMOTO, MICHIO (2007), »Consumer Finance Groups facing leaner times under Japan's new law« in: *Financial Times*, 12. Januar.
- NEIDHART, CHRISTOPH (2010), »Inquisition auf Japanisch«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26. April.
- NIKKEI (2004), *How Canon Got its Flash Back: The Innovative Turnaround Strategies of Fujio Mitarai*, Singapur: John Wiley and Sons.
- OECD (2006) »Economic Survey of Japan 2006«, *Release*, 20. Juli.
- OECD (2009), »Economic Survey of Japan 2009«, *Release*, 30. September.
- OECD (2010), »OECD Unemployment Rate Stable at 8,8%«, in: *OECD News Release*, 8. Februar.
- OKUMURA, HIROSHI (2000), *Corporate Capitalism in Japan*, New York: St. Martin's Press.
- ONISHI, NISHIMITSU (2009), »Minister's Defection Jolts Ranks of Japan's Top Party«, in: *International Herald Tribune*, 14. Januar.
- OZAWA, ICHIRO (1994), *Blueprint for a New Japan: Rethinking of a Nation*, Tōkyō: Kodansha International.
- OSAWA, MACHIKO und JEFF KINGSTON (2010), »Japan Has to Address the Plight of the ›Precariat‹« in: *Financial Times*, 2. Juli.
- PAPE, WOLFGANG (1980), *Gyoseishido und das Anti-Monopol Gesetz*, Köln: Heymans Verlag.
- PARK, YOUNG H. (1986), *Bureaucrats and Ministers in Contemporary Japanese Government*, Berkeley: University of California Press.
- PARRY, RICHARD LLOYD (2009), »Shinjiro Koizumi Keeps ›Hereditary Politics‹ Alive in Japan« in: *The Times*, 27. August.
- PEKKANEN, ROBERT (2006), *Japan's Dual Civil Society: Members without Advocates*, Stanford: Stanford University Press.
- PILLING, DAVID (2007), »Japan's Rising Concern over Income Disparity Set to Become Election Issue«, in: *Financial Times*, 11. Januar.

- PILLING, DAVID (2009), »Japan Harks Back to an Age of Innocence«, in: *Financial Times*, 5. März.
- PONS, PHILIPPE (2010), »Le Japon en Mal des Heros«, in: *Le Monde*, 22. Mai.
- RENGŌ (2010a), »Action Policy 6«, in: Rengo (Hg.), *Action Policies 2010–2011*, [http://www.jtuc-rengo.org/about/actionpolicy/print/pr\\_a\\_policyo6.html](http://www.jtuc-rengo.org/about/actionpolicy/print/pr_a_policyo6.html) (7.5.2010).
- RENGŌ (2010b), *Rengo Updates*, 19. Januar.
- ROTHACHER, ALBRECHT (1989), *Japan's Agro-Food System: The Politics and Economics of Excess Protection*, London: Macmillan.
- ROTHACHER, ALBRECHT (1993), *The Japanese Power Elite*, London: Macmillan.
- ROTHACHER, ALBRECHT (2004), *Corporate Cultures and Global Brands*, Singapur: World Scientific.
- ROTHACHER, ALBRECHT (2006), »After the Banquet: Japan's Power Elite Revisited«, in: *Asia Europe Journal*, 4 (4): 399–416.
- ROTHACHER, ALBRECHT (2007), *Die Rückkehr der Samurai: Japans Wirtschaft nach der Krise*, Heidelberg: Springer.
- SATŌ, SEIZABURŌ und TETSUHISA MATSUZAKI (1986), *Jimintō Seiken* [Der Machtzuwachs der LDP], Tōkyō: Chūō Kōronsha.
- SCHMIDT, CARMEN (2005), *Japans Zirkel der Macht*, Marburg: Tectum.
- SCHMITT, UWE (1996), »Mit aller Macht gegen Japans Bürokraten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Oktober.
- SCHOETTLI, URS (2009), »Aufbruch in einem konservativen Land«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4. Dezember.
- SVEINSDOTTIR, HULDA THORA (2003), »Inheriting the ›Conservative Kingdom‹ in Ibaraki«, in: STEVEN R. REED (Hg.), *Japanese Electoral Politics*, London: Routledge Curzon, S. 105–121.
- TABUCHI, HIROKO (2009), »Bank of Japan Raises Bond Buys«, in: *New York Times* 18. März.
- TAKAYAMA, NORIYUKI (2004), »Changes in the Japanese Pension System«, <http://ier.hit.u.ac.jp/pie/Japanese/discussionpaper/dp2004/dp227/text.pdf> (23.09.2010).
- THE ECONOMIST* (02.05.1992), »Japanese Sararimen at the Crossroads«.
- THE ECONOMIST* (05.01.2008), »Building Wealth«.
- THE ECONOMIST* (18.07.2009), »Time Is up for the LDP«.
- WATANABE, MASAO (1997), »Class Differences and Educational Opportunities in Japan«, in: *Hitotsubashi Journal of Social Studies*, 29 (2): 49–71.
- WATANABE, MASAO und CARMEN SCHMIDT (2003), »Japan: Eine ›Gesellschaft der Neuen Masse der Mitte? Eine empirische Bestandsaufnahme substantieller sozialer Ungleichheitsstrukturen«, in: *Asien*, 86: 5–19.
- WATANABE, MASAO und CARMEN SCHMIDT (2004), »Die wirtschaftliche Elite Japans: Rekrutierungsmuster und Netzwerkbeziehungen«, in: *Japan Aktuell*, 1: 56–66.

- WELTER, PATRICK (2009), »Der neue alte Finanzminister«, in: *Frankfurter Allgemeine*, 17. September.
- WIESER, BEAT (2010), »Japans altbekanntes Gesicht«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4. Juni.
- YANAGA, CHITOSHI (1968), *Big Business in Japanese Politics*, New Haven: Yale University Press.
- YAYAMA, TARŌ (1999), »The Present State of Amakudari in Japan«, in: *Asia 21*, Juli: 46–47.
- YAMAGUCHI, JIRO (2001), »Result of Unfinished Reforms«, in: BOSSE, FRIEDERIKE und PATRICK KÖLLNER (Hg.), *Reformen in Japan*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 71–88.
- YASUDA, MASAKI (2010), »New Chief Symbolizes Keidanren's Changing Role«, in: *Daily Yomiuri*, 5. Februar.